

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hofschloßstr. 10, Dresden, Raben & Comp., Nr. 1508.

Verleger: Gebr. Kersch, Dresden und Schöf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Außdorf

Seitengeld: 200 000, — M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 700 000, — M. Einzelnummer 600 000, — M. **Druckerei:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. **Verlagsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. **Verkaufszeit:** von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm. **Anzeigenpreis:** Grundpreis mal Schließjahr. Grundpreis: die 20 mm breite Kompartimentszeile 135 M., die 90 mm breite Reklamenzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schließjahr: 12 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietzettel 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 200 000 M.

Nr. 219 Dresden, Mittwoch den 19. September 1923 34. Jahrg.

Der Weg zur neuen Währung

Die Bemühungen der Reichsregierung, ein wertbeständiges Geld zu schaffen, haben nun, so wird uns aus Berlin berichtet, ihren Niederschlag in einem Entwurf gefunden, der eine Kompromißlösung darstellt und drei Zahlungsmittel vorsieht. Um der Wirtschaft schnell wertbeständiges Geld in die Hand zu geben, wird die alte Reichsbank Goldnoten herausgegeben. Getrennt davon soll eine neu zu schaffende Bank die Herausgabe einer weiteren Note vornehmen, die als gesetzliches Zahlungsmittel gilt. Die Papiermark wird Scheidemünze dieser Note sein. Damit wird eine Zwischenlösung erstritten, die alles anders als überschüssig und einfach ist. Der komplizierte Zustand läßt sich aber, wie die Dinge nun einmal liegen, nicht beseitigen. Denn eine feste Währung ist nur bei einem ausgeglichenen Budget möglich. Durch die flüchtige Zwischenlösung soll der Ausgleich vorbereitet werden. Das Kabinett geht hier den durchaus richtigen Weg, wenn es das Problem, Ausgaben und Einnahmen des Staatshaushaltes auszugleichen, von der Währungsfrage der ansieht. Zu den währungsrechtlichen Maßnahmen der Regierung treten die materiellen. Ein bereits vorliegendes Finanzprogramm sieht die stärkste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt vor. Durch die Wertbeständigkeit der Einnahmen wird man eine größere Ertragskraft der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Neuausgaben erzielen.

Um die Reichsbank insstand zu setzen, die Funktionen einer reinen Goldnotenbank zu erfüllen, wird sie von den Staatsfinanzen billig gelöst. Das geschieht dadurch, daß die Reichsbanknoten von ihr nicht mehr diskontiert werden. Seit 1914 sind die Schuldverschreibungen des Staates für die Deckung der Notenausgabe dem Gold, dem Kaufmannswechsel usw. gleichgestellt worden. Auf Grund dieses Mißstandes, des Zusammenhangs der Notenausgabe mit den Staatsfinanzen, konnte die Reichsbank nach Bedarf zu neuen Goldschöpfungen schreiten. Die Inflation konnte beliebig gesteigert werden, die Notenpreise Tag und Nacht laufen. Nach der durchgeführten Reform wird die Reichsbank nichts mit der Emission von Papiermark zu tun haben. Was sie herausgibt, sind Goldnoten, die durch effektives Gold, wobei man sehr wahrscheinlich weit über die Drittdeckung hinausgehen wird, im Vertrauen der Bevölkerung zu der neuen Note zu erzwingen, gedeckt und durch Kaufmannswechsel gesichert sind, so daß sich die Goldnotenemission, die neue Goldschöpfung, nur mit der tatsächlichen Steigerung der Produktion vollzieht. Diese Noten sind kein gesetzliches Zahlungsmittel. Auf eine Einlösung durch Gold und Devisen glaubt man verzichten zu können, da auch die andern Staaten mit Ausnahme von Nordamerika mit stabiler Währung die Einlösungspflicht aufgehoben haben.

Die neuerschaffende Bank soll den Bedürfnissen der Übergangszeit bis zur Bilanzierung des Staatshaushaltes dienen. Sie wird also für den Staat ein Finanzierungsamt sein, das wertbeständige, durch Sachwerte gesicherte Kredite zur Verfügung stellt. Der Reichsfinanzminister schlägt die Dauer der Übergangszeit auf 3 bis 4 Monate. Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken zu werden nach dem Mehrbeitrag, der durch eine neue Vermögensberatung zur Eröffnung der zahlreichen Reichsbanknoten revidiert werden soll, mit 5 Prozent belastet. Noten, die also auf Grund einer Sachwertdeckung ausgeben werden, sind gegen Obligationen umtauschbar, die zu einem festen Satz verzinst sind. Sie sind ein ausgedehntes Inlandszahlungsmittel. Die Höhe der Emissionen kontingiert sich von selbst durch das zur Fundierung zur Verfügung stehende Kapital und durch das in bestimmter Zeit zu bedeckende Defizit. Nach Schätzungen werden der Bank zirka 4 Milliarden zur Verfügung gestellt. Wie weit sie diese Summe für die Emission benützt, kann heute natürlich nicht gesagt werden. Die Regierung wird sich mit dem äußersten notwendigen Betrag beschränken. Der Finanzminister schlägt z. B. auf 1 Milliarde.

Die Papiermark tritt zu der neuen Währungsnote in ein ganz bestimmtes Verhältnis und ist vor allen Dingen vor einer weiteren Vermehrung gesichert. Die Notenpresse wird stillliegen. Es fragt sich nur, ob die Papiermark dann widerstandsfähiger ist als bisher. Es gibt viele Gründe, die dagegen sprechen. Sollten sich die Befürchtungen bewahrheiten, dann wäre der Zustand eingetreten, daß der privaten Wirtschaft und dem Großverkehr ein wertbeständiges Geld, die Goldbanknote, und dem Staate ein wertbeständiges Kredit, die Währungsnote, zum Ausgleich seines Budgets gegeben sind, während der ökonomisch schwächste, aber für die Produktion wichtigste Teil des Volkes und der größte Teil der Bevölkerung wieder auf die schlechter werdende Papiermark angewiesen ist. Daß das nicht geht, beweist gerade der gegenwärtige Zustand, wo der Kaufmann seine Preise nach den Devisen richtet, während der Konsument nach einem Index bezahlt wird, der den Anforderungen absolut nicht mehr entspricht, und die wertbeständigen Löhne illusorisch macht. Es würde dem Gelingen der neuen Währungsreform nur dienen, wenn man den Arbeiter usw. nicht von dem wertbeständigen Neugeld ausschließt.

Es soll also ein großzügiger Versuch unternommen werden, ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen, und zwar soll für die Übergangszeit ein „Sachwertgeld“ ausgeben werden, das durch eine Belastung der Privatwirtschaft gedeckt ist. Die Reichs-

regierung hat bei ihrem neuen Projekt die verschiedenen Vorschläge, die in letzter Zeit für die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels gemacht wurden, berücksichtigt. Der Plan, der für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes für die Übergangszeit aufgestellt ist, entspricht im wesentlichen dem Plan des Einheitsgesetzes Generaldirektors Winow, der zur Schaffung der neuen Währung eine fünfprozentige Belastung der Privatwirtschaft vorschlug. Allerdings sah Winow vor, daß auf Grund der Belastung der Privatwirtschaft ausgegebene Schuldscheine dazu benützt werden sollten, um Gold und Devisen zu beschaffen, so daß auf diesem Wege allmählich in immer größerem Umfang eine Golddeckung für die neuen Noten erzielt würde.

Ob diesbezüglich ist, auch in dieser Beziehung den Winow'schen Vorschlägen zu folgen, läßt sich aus den jetzt vorliegenden Veröffentlichungen nicht ersehen. Jedenfalls muß das Ziel unserer ganzen Finanz- und Wirtschaftspolitik darauf gerichtet sein, möglichst bald dieses sogenannte Sachwertgeld überflüssig zu machen und durch Zahlungsmittel zu ersetzen, die auf Gold- und Devisendeckung beruhen und dadurch vor einem Absinken gesichert sind, daß es möglich ist, für den Verkehr mit dem Ausland jederzeit Goldzahlungsmittel zu bekommen. Die Schaffung des Sachwertgeldes ist ein Experiment, von dem sich vorher nicht sagen läßt, ob es gelingen wird.

Voraussetzung für das Gelingen der ganzen Währungsreform ist einmal, daß wir möglichst bald einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt herstellen. Die Erzielung dieses Ausgleiches wird allerdings durch die Ausgabe eines wertbeständigen Geldes sehr erleichtert, denn der große Mehrbeitrag im Etat der öffentlichen Körperschaften ist zum großen Teil ja nur die Folge der Geldentwertung, die dazu führt, daß die Ausgaben viel schneller steigen als die Einnahmen. Weiter aber ist es unbedingt notwendig, daß auf dem Devisenmarkt andre Verhältnisse geschaffen werden als bisher. Wenn die Nachfrage nach Devisen nicht gedeckt werden kann, so wird auch das Vorhandensein eines wertbeständigen Geldes nicht hindern können, daß die Devisenkurse steigen oder das wertbeständige Geld nach dem Ausland abfliehe. Würde dann aber, was, solange eine Golddeckung fehlt, leicht eintreten kann, das wertbeständige Geld im Ausland seinen Kurs nicht halten können, so wäre auch seine Entwertung im Inland unvermeidlich. Man hofft natürlich, daß das Vorhandensein des neuen Geldes Devisen zum Vorhandensein bringen wird, die jetzt von den Devisenhändlern verstopft werden, weil sie ihr Vertrauen vor der Entwertung sichern wollen. Wie weit die Erwartung sich erfüllt, wird man sehen.

Jedenfalls sollte man sich darauf nicht verlassen, sondern alle irgendwie denkbaren Maßnahmen ergreifen, um die Vermehrung des Devisenangebotes und die Verminderung der Nachfrage herbeizuführen. Devisen müssen die stärksten Mittel zur Erhaltung der vorhandenen Devisen durchgeführt und gleichzeitig muß versucht werden, alle entbehrliche Einfuhr zu droffeln. Wie heute gemeldet wird, hat der Reichsfinanzminister eine Verord-

nung fertig, die die Zölle für Luxuswaren erheblich steigert. Es sollen Erhöhungen von 83%, 50 und 100 Prozent, bei zwei Waren sogar über 100 Prozent durchgeführt werden. Um welche Waren es sich handelt, wird noch nicht mitgeteilt. Es ist sehr zu begrüßen, daß der Finanzminister diesen Schritt tut. Allerdings wird man erst abwarten müssen, ob wirklich die Zoll-erhöhung die erwünschte Verminderung der Einfuhr herbeiführt. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, so müßten die Maßnahmen gegen die überflüssige Einfuhr noch weiter verschärft werden, ohne jede Rücksicht auf die Interessen, die wahrscheinlich sowieso ein fürchterliches Geschrei erheben werden. Jetzt gilt es, die Interessen einzelner Gruppen unbedingt hinteranzustellen. Bei der Reform unserer Währung handelt es sich darum, ob unser Volk vor dem fürchterlichsten Elend beschützt werden kann. Deshalb muß die Regierung mit brutaler Rücksichtslosigkeit vorgehen. Das Selbstverständnis alles gegeben, um den Arbeitern, die etwas durch die jetzt notwendigen Maßnahmen ihre Arbeit verlieren, zu helfen, brauchen wir an dieser Stelle wohl kaum erst zu sagen.

Razzia auf Devisen

Auf Ersuchen des Kommissars für Devisenerfassung veranfaßte die Wachspolizei des Berliner Polizeipräsidiums in einer Reihe größerer Cafés der Friedrichstadt und des Westens eine Durchsuchung nach ausländischen ablieferungspflichtigen Werten. Soweit sich die Betroffenen über den rechtmäßigen Erwerb und Besitz nicht ausweisen konnten, fand vorläufig Beschlagnahme gegen Quittung statt.

Neue Ausfuhrbestimmungen

Eine Bekanntmachung der zuständigen Ministerien setzt mit Wirkung vom 27. September 1923 alle bisherigen Ausfuhrverbote außer Kraft und bringt eine neue Liste der Waren, die in Zukunft noch einer Ausfuhrbewilligung bedürfen.

Die neue Verordnungsliste umfaßt im wesentlichen nur noch Zahlungsmittel, Rohstoffe und gewisse Halbfabrikate, an denen die deutsche weiterverarbeitende Industrie besonders interessiert ist. Für die nunmehr ausfuhrfreien Waren sind keinerlei Bewilligungspapiere mehr erforderlich. Es ist diesen Waren, wie bisher, nur der grüne statistische Schein und den Versandpapieren die Ausfuhrerklärung beizufügen. Zum Schutze der Währung ist aber erforderlich, daß alle Ausfuhrgegenstände in hochwertigen Werten ins Ausland übergeführt und an die Reichsbank abgeliefert werden. Grundsätzlich soll die Preisstellung in der Währung des Empfängerlandes erfolgen. Als Mindestsatz der Ablieferung sind weiterhin 80 v. H. der Exportpreisen vorgeschrieben, der Kommissar für Devisenerfassung kann jedoch den Prozentsatz ändern. Durch die Neueingelung wird die Erfassung von Exportdevisen wirksamer gestaltet und die Ablieferungskontrolle insbesondere auch auf alle ausfuhrfreien Waren erstreckt, was bisher nicht möglich war.

Wird nicht mehr angenommen

New York, 18. September. Die National City Bank beschloß, in Zukunft kein deutsches Papiergeld mehr anzunehmen. Diese Meldung zeigt, wie notwendig die Schaffung eines neuen deutschen Zahlungsmittels ist.

Vor neuem Balkankrieg

Der Vorstoß des faschistischen Imperialismus Italiens im Adriatischen Meere ist jetzt bis zur unmittelbar drohenden Kriegsgefahr gediehen. Daß dieser Vorstoß Mussolinis ein wohlüberlegener Plan ist, der mit allen Mitteln Schritt für Schritt verfolgt wird, ist offensichtlich. Die Ermordung einiger italienischer Militärs in Albanien war der vom italienischen Faschismus längst gesuchte Vorwand, im Adriatischen Meer zur entscheidenden Machterweiterung vorzustoßen. Dem dienste die gewaltsame Besetzung Korfu's und anderer Inseln, um zunächst eine sichere Operationsbasis zu



haben und Griechenland zu schwächen. Als Mussolini fürchten mußte, den Völkerverbund auf den Hals zu bekommen, schaltete er den Völkerverbund durch die scharfe Erklärung aus. Er sagte sich ihm nicht. Das konnte er stellen nur, indem er sich bereit erklärte, Korfu wieder — zu räumen, wenn Griechenland gedemütigt sei und seine Entschädigungen gezahlt habe. So unterwarf sich Völkerverbund und Pariser Vorkonferenz seinem Diktum und erfüllte ihm alle Forderungen.

Aber Mussolini will von Korfu nicht fort! Deshalb richtete er an Südslawien das Ultimatum, bis 15. September die Fiume-Frage so zu regeln, daß Italien

Fiume in die Hand bekomme. Der Ministerpräsident Südslawiens, Pašić, reiste sogleich nach London und Paris und erbat Unterstützung, die wohl auch in einem Druck auf Mussolini zugeht wurde. Jedemfalls verlängerte Mussolini sein Ultimatum bis Ende September. Er konnte das, weil er sein Spiel nun anders spielt. Denn plötzlich legte der mit der vorläufigen Regierung des Fiumegebietes beauftragte Dopol — ein Werkzeug Italiens — sein Amt nieder und die italienische Regierung ermahnte ganz einfach, obgleich ihr das nicht zusieht, den italienischen General Giardino zum Militärgouverneur von Fiume. Er übernahm die Diktatur und Verwaltung auf italienischen Befehl. Dieser Gewaltstreich ist eine offene Provokation Südslawiens, denn Italien sollte laut feierlichem Abkommen das Fiumegebiet etappenweise räumen, worauf es unter Sicherung Südslawiens zu einem „unabhängigen Freistaat“ gemacht werden sollte. Italien zehrt nun alle Regelungen und bemächtigt sich des ganzen Gebietes mit diktatorischer Gewalt.

Diese gewaltsame Ausrottung der Fiume-Frage bringt natürlich den ganzen Balkan in Wallung. Bulgarien beugt den günstigen Moment, ebenfalls gegen Südslawien mobil zu machen. Wie aus Athen gemeldet wird, haben etwa 8000 mazedonische Komitatisten einen Vorstoß auf serbische Gebiete gemacht, während serbische Truppen in Richtung konzentriert werden und sich an der Eisenbahnlinie nach Karbid der bulgarischen Grenze zu bewegen. Auch aus andern Meldungen geht hervor, daß die Spannung zwischen Südslawien und Bulgarien stark zugenommen hat. Die südslawische Regierung hat bereits ein Ultimatum nach Sofia gerichtet, in dem von der bulgarischen Regierung Maßnahmen gegen die mazedonische Bandenbewegung verlangt werden. Die bulgarische Regierung hat darauf mit einer Protestnote zu Händen des französischen Auswärtigen Amtes geantwortet. Zugleich wird bekannt, daß von „gewissen Mittelmeerstaaten“ Waffen nach Bulgarien geschickt werden. Bisher wurden nach Bulgarien geschickt Munition und 20 000 Gewehre, 600 Schätze, darunter 50 kleinere Batterien, 400 Maschinengewehre und 20 000 Maschinengewehre usw. Daß Italien hier der treibende Faktor ist, kann nicht zweifelhaft sein. Es fordert den Angriff auf Südslawien von der andern Seite her.

1. 477
2. 0021 764
3. 40 82818
4. 070 884
5. 905 846
6. 109 824
7. 12 80344
8. 036 762
9. 991 414
10. 589 847
11. 584 918
12. 911 111
13. 618 168
14. 87 83704
15. 491 823
16. 864 832
17. 512 016
18. 9 568 130
19. 127 262
20. 38771 546
21. 55885 002
22. 1 404 739
23. 907 865
24. 834 530
25. 1854 494
26. 72422 783
27. 144 371
28. 7 844 609
29. 79471 387
30. 9 446 764
31. 8 870 984
32. 5 422 762
33. 7 871 050
34. 8 307 277
35. 0 662 339
36. 2 509 910
37. 8 340 649
38. 9 582 924
39. 97745 287
40. 50 99583
41. 9 621 773
42. 8 931 707
43. 11 104658
44. 9 230 711
45. 09010 533
46. 10552 011
47. 9 679 779
48. 9 556 288
49. 3 898 921
50. 5 550 925
51. 4 710 809
52. 27 427 521
53. 4 184 119
54. 3 127 019
55. 07 126152
56. 444 760

Inzwischen wird Hume planmäßig italienisiert. Eine Meldung besagt, daß bei Hume vier italienische Divisionen und viele Schwarzbänder (Faschisten) verammelt seien. Der italienische Diktator hat in einer Proklamation erklärt, er übernehme die Regierungsgewalt im Namen Italiens und versichere, daß Italien auf das Schicksal der Stadt bedacht (!) sei.

Nachdem Mussolini den Völkerverbund bei den Korfufragen ausgeschaltet hatte, wird er ihn auch hier wieder

ernhalten. Die italienische Regierungspresse erklärt bereits, daß der Streikfall Hume durch diese Vorgehen „nur geregelt“ werden solle. Vermählungen würden nicht entstehen. Dabei beginnen schon die kriegerischen Vorbereitungen auf allen Seiten. Wenn nicht die Großmächte ein Nachwort gegen Italien sprechen — und das können sie kaum — so wird der italienische Imperialismus nach faschistischer Art seine Macht durchsetzen. Die schwersten Balkankonflikte stehen vor der Tür.

Unsere Politik geht dahin, solche Kämpfe zu vermeiden. Wir wollen unsre Reichsmehr und unsre Schulpflicht vor Kämpfen bewahren. Bei einseitigen und unbedingten Erklärungen werden die Massen in Ruhe gelassen. Sollten aber Despoten von ganz rechts und ganz links ihre Eroberungen verwickeln und los schlagen, so werden wir ihnen nicht weichen, weil wir der Lieberzeugung sind, daß alle inneren Wirren die Lage nur noch verschlimmern können. Die Feinde der Republik werden sich scheiden. Unsre militärische und politische Macht ist stärker als jemals seit der Revolution. Wenn es unbedingt notwendig werden sollte, wird die Reichsregierung zum Schutze der Republik alle Maßnahmen zu ergreifen. — In der Reichsregierung sind bisher nennenswerte Meinungsverschiedenheiten nicht hervorgerufen worden, auch nicht die Fragen der Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit, die stärkere Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen hätten. Wir bleiben bei unserm seit langem eingenommenen Standpunkt, daß der nächsten Tag grundsätzlich aufrechterhalten werden muß, aber Lieberarbeit dort zu leisten ist, wo es die Interessen der gesamten Wirtschaft erfordern.

Das Ruhrgebiet wieder produktiv!

Das ist die Forderung, die jetzt der Sozialdemokratische Parteitag in Berlin unerschrocken erhebt. Unter dem Schlagwort: „Ein offenes Wort!“ schreibt er der Parteipresse:

Die Regierung hat mit guten Vorsätzen die Reichsgeschäfte vor wenigen Wochen übernommen, ohne daß es ihr bisher gelungen wäre, die fortschreitende wirtschaftliche Notlage des Volkes auch nur einzudämmen. Für den objektiven Beurteiler der Verhältnisse ist das nicht verwunderlich. Solange der außenpolitische Druck fortbesteht und für das Ruhrgebiet die endlose Summen zu unproduktiven Zwecken, sowie für einen Widerstand zur Verfügung gestellt werden, der länger unweifelhaft ist, kann eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nicht erwartet werden. Voraussetzung für das Gelingen jeder finanz- und währungspolitischen Maßnahme ist eine Beseitigung der unter der Weimarer Regierung begangenen Inflationen, die wiederum

und was im Zusammenhang mit dem Abbau des passiven Widerstandes zur Rettung des Reiches jetzt geschehen muß. Wir halten diese Zurückhaltung vor einer Gesellschaft, der wir jedes Nationalgefühl abspreschen, und die zu jedem Unfug als Volksführer bereit ist, für trügerisch, weil die Verhältnisse stärker sind wie der Versuch jedes einzelnen den verantwortlichen Politikern und wir den Zeitpunkt in unmittelbarer Nähe sehen, an dem unter weiterer Verschärfung der kaum noch erträglichen Wirtschaftsverhältnisse schließlich noch gesagt werden muß, was heute noch jeder zu verschweigen vorzieht.

Tatsächlich, die Welt voraussetzt, ist deshalb in diesem Augenblick alles. Nur durch Ratbereitschaft, durch Mut zur Verantwortung, wird den Schwächen und Fehlern die ungeliebte Methode der Verunglimpfung vorgehen, nur durch sie vermag das Nationalgefühl im Volke weiteres Vertrauen zu erwerben. Als Herr Stresemann sein neues Amt angetreten hatte, erklärte er im Verlaufe seiner Rede, daß nur der, der sich selbst aufgibt, verloren ist. Jetzt ist die Zeit gekommen, zu beweisen, daß die Regierung das Volk nicht aufgibt, sondern gewillt ist, ihr Führer zu sein. Hierzu gehören neben den Rechten und Linken, die wir als Voraussetzung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den nächsten Tagen betrachten, Offenheit und Klarheit. Offenheit und Klarheit insofern, als wir nach innen und außen kein weiteres Wort heraus machen, das über einer wirkungsvollen Fortsetzung des passiven Widerstandes das Wohl der Volksgemeinschaft steht.

Forderungen unserer Fraktion

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Dienstag nachmittag in einer eingehenden Besprechung mit der gesamten innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands. Es bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden muß, um von deutscher Seite schnellstmöglich zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen mit dem Ziele der Befriedung des Ruhrgebietes und der Wiederherstellung vertragsmäßiger Verhältnisse.

Besüglich der innenpolitischen Lage wurde von allen Seiten der ungeheure Ernst, der durch den Währungssturz, die Preissteigerungen, die Arbeitslosigkeit, den Kohlen- und Nahrungsmittelmangel geschaffenen Lage betont. Es müßte, deshalben alle Maßnahmen getroffen werden, die geeignet seien, eine Besserung dieser Währungs- und Wirtschaftslage zu erzielen. Außer den von der Regierung bereits angegriffenen währungs- und finanzpolitischen Schritten wurde gefordert: Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben, auch von Kohle, da angesichts der Betriebsbeschränkungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Annahme getätigt ist, daß auf Braunkohle eingestellte Unternehmungen jetzt wieder zur Verwendung von Steinkohle zurückkehren. Verlangt wurde ferner, daß den Schließungen von Betrieben durch Wirtshaftskrisen die stärkste Prüfung durch die Volkswirtschaftsprüfungskommissionen entgegengebracht wird und bei nicht gerechtfertigten Schließungen die Kohle- und die Waren dieser Unternehmungen entgegen zu wirken. Außerdem wurde die Sicherstellung der Ernährung gefordert, die besonders in den Großstädten und Industriebezirken durch völlig ungenügende Zufuhren gefährdet ist.

Der Fraktionsvorstand wurde beauftragt, mit den übrigen Parteien wegen der Einberufung des Reichstages in Verbindung zu treten. Die nächste Fraktionsbesprechung soll einen Tag vor der Reichstagsöffnung stattfinden.

Fortsetzung der Besprechungen

Berlin, 18. September. (Eigene Meldung.) Das Kabinett Stresemann legt die Verträge fort, eine Verständigung mit der französischen Regierung über die Ruhrfrage unter Wahrung der deutschen Souveränität herbeizuführen. Zur Zeit wird der diplomatische Gedankenaustausch weitergepflegt. Auch ein Teil der neutralen Öffentlichkeit hat mit der Reichsregierung über die allgemeine Lage Deutschlands Besprechungen geführt. Falls es gelingen sollte, die Erörterungen zu einer Klärung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich zu führen, will der Reichsminister die Besetzung der Konsularämter in Paris und Brüssel vornehmen. Ein grundsätzlicher Beschluß des Kabinetts, diese Forderung zu befehlen, liegt bereits vor, jedoch sieht man von seiner Durchführung noch ab, weil man eine Erneuerung nur dann für zweckmäßig hält, wenn die deutschen Vertretungen in Belgien und Frankreich auch die Möglichkeit haben, mit den ausländischen Regierungen auf eine Verständigungsbasis zu treten, die eine Verständigung in Aussicht stellt.

Mit den Organisationen des Rheinlandes wie auch mit den Vertretern der Weimarer Republik finden Beratungen statt über die von der Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes mehrfach formulierten Bedingungen für den Abbau des passiven Widerstandes. Es wird dabei betont, daß der passive Widerstand immer nur als ein Mittel gedacht war, um zu Verhandlungen zu kommen, daß er aber von Anfang an nicht als Selbstzweck aufzufassen war.

Am heutigen Mittwoch wird sich der englische Ministerpräsident Baldwin mit Herrn Poincaré in der englischen Gesandtschaft in Paris über die politische Lage unterhalten. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Besprechungen auf die allgemeine französische Politik von Einfluß sind. England treibt seine politische Politik zugunsten der Lösung der Reparationsfrage.

Englische Erkenntnis der verzweifelten Lage

London, 17. September. Das Wall Street Journal schreibt mit der Veröffentlichung einer Artikelserie über den deutschen Verfallenen Sonderberichterstatters über die Lage in Deutschland. Der Beobachter kommt zu dem Schluß, daß die Lage Deutschlands verzweifelt ist, und daß keinerlei Anzeichen für eine Besserung zum Vorschein kommen.

Die Nachmittel der Republik

Reichsinnenminister Solmann hat in Rön in einer Rede folgenden erklärt: Das Kabinett ist mit Stresemanns außenpolitischer Führung vollständig einverstanden. Es hat sich bisher keinerlei Mißklang ergeben. Man wird auch im Volke, wo man die Augen nicht mit Gewalt verschließt, überall klar darüber sein, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann. Es ist zu lange mit dem Anfang von Verhandlungen gewartet worden. Die Reichsregierung wird nur in enger Verbindung und in voller Einmütigkeit mit den besetzten Gebieten verhandeln können. Man fragt und immer wieder, ob die Regierung schwere Stöße innerer Unruhen aushalten kann.

ein Ende des Ruhestillsitzens erfordert.

Nur so ist im Verein mit steuerpolitischen Maßnahmen das rasende Defizit des Reichshaushalts allmählich zu beheben, nur auf diesem Wege kann die Grundlage geschaffen werden zu einem wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg des deutschen Volkes, der selbstverständlich, solange wir Reparationen zahlen müssen, nicht an die Verhältnisse vor dem Kriege grenzt.

Die neue Reichsregierung hat die Fehler der vergangenen Weimarer Regierung, und vorwiegend haben ihre Minister trotz der demagogischen Demagogie auch bereits den Mut besessen, dem Volke zu sagen, woran wir sind und was in Zukunft einer seit mehreren Monaten fortwährenden verschleierten Finanzpolitik sein werden muß. Aber uns scheint, daß auch die Pläne der Regierung, die zunächst durch Abbau der wesentlichen Ausgaben und durch Einschränkung der Ruhestillsitzens die Möglichkeit zur Verminderung des Defizits schaffen sollen, jetzt nicht mehr ausreichend sind und wir nur noch

durch eine Stabilisierung

die Reichsbeiträge zu retten bezwungen. Trotzdem muß natürlich gepart werden, wo gepart werden kann. Aber als sehr schwierig und in der Wirkung zweifelhaft betrachten wir den Gedanken, die Ruhestillsitzens abzubauen. Auch wir haben zu denen gehört, die diesen Abbau fordern. Aber nur mit dem ausgesprochenen Zweck, durch ihn eine schnelle Beilegung der außenpolitischen Lage herbeizuführen. Heute ist diese Erwartung hinsichtlich des Abbaus der Ruhestillsitzens bedauerlicherweise in gewissen Sinne einen Abbau der Ruhestillsitzens unter Umständen, die den Ruf der Volkswirtschaft fördern könnten. Man muß sich deshalb innerhalb der Regierung von vornherein über die psychologischen Wirkungen irgendwelcher Einschränkungskämpfe klar sein. Die Beilegung des Ruhrgebietes ist bekanntlich ausschließlich auf Kosten des Reiches, weil das nicht anders möglich ist. Eine Fortsetzung dieser Kosten würde also eine Verschärfung in der Lebenshaltung der unter dem Druck der Besetzung stehenden Bevölkerung bedeuten. Es ist die Regierung zu einem bescheidenen Schritt bereit, sollte sie sich auf die Bemerkungen der Bevölkerung einstellen, daß es dann schon besser ist, dem deutschen Volke offen zu sagen, was es um uns bestellt ist, und daß das doch im Weiten

durch Rückkehr zur Produktion

geschöpft werden muß, wenn wir nicht noch mehr verlieren wollen.

Alle Welt weiß, daß der an der Ruhr begonnene Kampf insolge einer sinnlosen Politik der Regierung Suno und ihrer Lieberbeilegung der eigenen Kraft, nicht mit den günstigsten positiven Ergebnissen für Deutschland verlaufen ist. Statt einer aktiven Außen- und Innenpolitik hat die Regierung Suno bald nach Beginn des Ruhestillsitzens für den Abbau der Steuern im Interesse der Wirtschaft ohne Rücksicht auf das Ruhrgebiet Sorge getragen, sie schenkte den Unternehmern durch ihre Papiermarktpolitik große Gewinne zu, und ließ es schließlich ganz abgehen von der Passivität in außenpolitischen Dingen, zu einem Zusammenbruch der unter dem Druck der Sozialdemokratie eingeleiteten Stillungsbewegungen. In Anbetracht dessen würde die Entwicklung den Gang nehmen, dessen Auswirkungen wir heute alle befürchten und die wir deshalb nach Möglichkeit durch Aktivität auf allen Gebieten verhindern wollen.

Nur die Deutschen können tun so, als ob uns die Fortsetzung des passiven Widerstandes retten könnte, während ihre Politik in Wirklichkeit von der Absicht geleitet ist, das Chaos möglichst schnell herbeizuführen, um dann auf den Trümmern die Monarchie wieder aufzubauen. Sie verstehen nicht soweit zu denken, daß mit dem Untergang des Staates auch das Volk, zu dem sie sich zählen, und ebenso die Wirtschaft zu existieren aufhören. Leider hat diese demagogische Demagogie, die Verächtlichmachung anderer zum Landbesitzer, dazu geführt, daß

keiner ausgesprochen sagt, was die Stunde fordert

Leben • Wissen • Kunst

Paul Wilhelm

Graphisches Kabinett Erfurt

Pa. Die Zeiten von 1900 bis 1914, in denen Kunst und keine Schule bei uns in Dresden in ihrer Blüte standen, sind mit tiefen Schritten bedroht, beinahe vergessen. Zwei Mittelpunkte hatte die Kunstszene. Der eine davon, die Arbeiter, organisierten sich zu einem offiziellen Künstlerverband; auch sie hat die Zeit bis auf zwei, drei Namen weggeschwemmt. Der andre blieb ohne Lehren und ohne Lehrende und war künstlerisch doch mindestens ebenso wichtig wie die Arbeitergruppe: die Gruppe um Wilhelm Klaus, der Paul Wilhelm, Dresden, Wilh. Martin Klaus angehörende. Die Künstler stand mit Wilhelm Klaus, dadurch verlor sie ihren Kopf. Diese Gruppe stellte die eigenartigen impressionistischen Nachfolger und Erben Klaus dar. Sie hielten im Anschluß an ihn aus dem Impressionismus heraus, was noch zu halten war.

Das sind die leise wehmütigen Nennungen, die die Kunstszene Wilhelm umfasst.

Wilhelm gehört zu den Stillen, die nicht überall und jedes Jahr vertreiben sein müssen, die lange Schweigen und für sich im verborgenen arbeiten. Ueber seinen Arbeiten liegt etwas von dem Frieden der Einsamkeit. Zudem haben sie eine feine Anspannungsfähigkeit und Bartheit. Deswegen sieht man diese impressionistischen Zeichnungen gern, die „fern allem Kunstmarkt“ stehen. Landschaften, wenige Porträts, aber Blumen, viele, viele Blumen.

Am reizvollsten ohne Zweifel sind seine italienischen Zeichnungen. Sie sind Impressionen von unmittelbarer Frische und Lebendigkeit, mit dem Reiz und der Freude des neuen Eindringens. Seine Landschaften sind in der Regel bogenhaft, sei es, weil beim alten langsame Oelfarbauftrag die Frische der Zeichnung verloren geht, sei es, weil eine ganz große künstlerische Kraft dazu gehört, die Wirkung zu der Wirkung zu erheben, zu der die Impressionen ihre eigene Vorzüge von Paris erhaben.

Eigen ist Wilhelm eine Vorliebe für Blumen. Er ist natürlich, wie jeder Maler, gefangen von der Farbe der Blumen und läßt sich von ihr einwiegen. Ob er auch die Gefahr dabei genau erkennt, daß man im dekorativen Fachfeld endet, daß man die Form dabei unter den Tisch schieben läßt, weiß ich nicht. Jedenfalls: Blumen sind ganz seit Dürer fallen gemalt worden. Inwiefern ist Wilhelm in allem vorhanden Bartheit, sein beinahe weltlicher Wirkungs, ihn für dieses Gebiet als besonders geeignet erscheinen.

Theater

Opernhaus. In Bar und Zimmermann über Die beiden Peter — wie die Liebe, harmlos-drollige Oper Korymbos im Unterhaltungs — gab Lehner ein erstmaliges Veranlassung. Die Rolle, die bekanntermaßen einen kleinen Nebenbühnenführer des Großen im Gefolge — sein in die Gabelspitze führt, gab Lehner Gelegenheit, unsere Hoffnung auf die Entfaltung seines Spieltalents zu stärken. Ganz im Vordergrund der Anteilnahme stand Ermold. Sein Vortragsstil ist ein Ausbund an Ironie, die sich in blühender Anmut, bargefüllt mit überlegenem Spielraum. Ergänzend auch die Worte der Verren-Rittsch, streng und doch gewinnend. Steige man in der Titelliste.

Konzert

Der Maler Soerms, des „roten Geigers von Wostan“, wie er in diesem Sommer über auf Violinen in Dresden, der Schiffschiff Schweiß, bezeichnet wurde, des „politischen Künftlers“, über auch „giltigen Menschen“, wie wir ihn nennen wollen, verließ bei völlig defektem Saiten (Vereinbarung) in einer nicht gerade allseitigen Weise. Vor jedem seiner Vortragsstücke sprach Soerms einige prägnante Worte, die zunächst den Charakter des Stückes kennzeichnen, dann aber stets eine politische Wendung nehmen. Bei den Variationen auf der G-Saiten von Vaganini erwidert er die Vermutung der Zeitgenossen Vaganini, daß dieser ob seiner fabelhaften Violintechnik mit dem Titel im Grunde wäre. Vaganini konnte dagegen behaupten, daß er die Stellung nur seiner eigenen Kraft verdanke. Soerms kann sich Deutschland nur auf eigener Kraft wieder vom Glanz befreien, nicht durch fremde Hilfe. Bei dem Scherzstück: „Du bist die Kuh“, meinte Soerms, daß Deutschland sich nur retten könne, wenn es bei allem gegenwärtigen Widerstand eine so erhabene Kuh bewahre, wie sie in dem Stroh zum Ausdruck kommt. Beim Mendelssohnischen Violinkonzert nimmt er Bezug auf das Bedauerliche Eingehen des Dresdner Philharmonischen Orchesters und wünscht, daß die Arbeiter und Intellektuellen vereint in Deutschland ihren Jubel beibehalten, wo der Kampfsinn nicht mehr das Vorrecht einiger weniger ist, sondern aller; so daß auch für die jetzt so sehr lebenden Künstler eine schönere Zeit des Laus und Schaffens andrückt. Soerms trug das alles in einem so gutartigen Tone vor, daß wohl niemand im Saale davon unberührt blieb. Ueber sein Spiel ist zu sagen, daß er auf der E-Saiten wunderbar lange Kantenlinien zu spielen weiß, auch im Flügelspiel Meister ist. Anders wieder ganz ungleich. Die Reinheit der Darbietung ließ zu wünschen übrig. Die Teilnahme für den Mendelssohnischen Sten-

spiel waren zu langsam. Es scheint, daß Soerms früher ein ganz erstklassiger Geiger war und nur jetzt nachgelassen hat, vielleicht infolge Nervenleiden. Der Abend war ja sein letzter in Deutschland vor der Abreise nach dem von ihm so genannten „erwarteten“ Ausland. Sein Begleiter John Wandelsdorf spielte mit ihm prächtig zusammen. Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 20. September. Opernhaus: Stilianische Bauernechte — Der Woyzeck (7). Volkshaus Nr. 2202 bis 2246. Schauspielhaus: Der Schalk (7). Kur Volkshaus Nr. 8851 bis 9275. — Kaufhäuser Schauspielhaus: G. Schloffen. — Reifens-Theater: Der Gaultier (7).

Spielplanänderung im Schauspielhaus. Donnerstag (7) für den Verein Dresdner Volkshaus an Stelle von Frauenopfer Der Bibliothekar.

Residenz-Theater. Im Gaultier'skignatren Grete Grill und Georg Wörge von nun an täglich wieder auf. Charlotte Wörner vom Theater am Kollnhorplatz, Berlin, legt ihr Gastspiel in der Partie der Jolanta fort.

Kunsthalle. Eine neue Orchester-Abteilung des Dresdner Opern-Orchesters. Der Dirigent wurde von Generalmusikdirektor Fritz Busch zur Aufführung in den Sinfonie-Orchestern der Dresdner Sinfonie-Orchester angenommen.

Dritter Ausverkauf der Musikalien im Friedrichshagen-Saal in der Marienstraße 5 Donnerstag den 20. September, 7 Uhr. Ausverkauf: Das Ganze (Violin), Hans Schmidt (Klarin.), Fritz Schöne (Klavier), Klavierkonzert von Mendelssohn, Beethoven, Schubert, Gollitsch an der Klaviatur.

Wöchentliche Veranstaltungen. Die Konzertveranstaltungen der letzten acht Tage sind vom 22. bis 29. September im Katalog der Bibliothek angegeben.

Mittellagen der Konzertdirektion Nied. Freitag (7) im Palmengarten Konzert von Maxa Müller (Sopran) unter Mitwirkung von Anna Müller (Klavier). — Dienstag ebendort Klavierabend von Maxine Rasel. — Im Künstlerhaus (7) Kammerkonzert von Bertha Barthelme (Wigman-Schule). Am Klavier Alfred Schick.

Internationale Gewerkschaftstagung in Dresden

Bedingte Aufnahme der Russen — Für die 44-Stunden-Woche

Dresden, 18. September.

Der Kongress der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter schloß heute seine Arbeiten ab. Zunächst erfolgte die Abstimmung über den Antrag der Schweizer auf Aufnahme des zweiten französischen sowie des russischen Lederarbeiterverbandes in die Internationale Vereinigung, sowie über die dazu vom Zentralkomitee gestellten Bedingungen (Entschliessung).

Die Entschliessung wurde im ersten Teile gegen 1 Stimme angenommen. Der Inhalt:

„Unterlassung jeden Versuches, Beschlüsse irgendeiner der Internationalen Vereinigung nicht angehörender Organisationen oder Institutionen durchzuführen, Unterlassung der Festlegung in der Internationalen Vereinigung und in den derselben angeschlossenen Organisationen, Einstellung des Vertretungsrechtes gegen die Antirussische Internationale und gegen die derselben angeschlossenen Sekretariate und Organisationen“ wurde gegen eine Minderheit von 14 Stimmen, die sich aus den englischen Delegierten, die überhaupt gegen die Aufnahme der Russen waren, und den oppositionellen Vertretern zusammensetzte, angenommen.

Der Vertreter des russischen Lederarbeiterverbandes, Josefowitsch, gab darauf eine Erklärung ab, die aber sehr gewunden war. Er versicherte erneut, daß sein Verband die Aufnahme wünscht, konnte aber nicht einsehen, warum die Aufnahme an Bedingungen geknüpft werde, die einem Minimum gleichkämen. Die Russen könnten sich ihre Ideen nicht nehmen lassen, auch wollte er nicht einsehen, warum eine Fellenbildung nicht gestattet sein sollte. Allerdings sind die Meinungsverschiedenheiten sachlich ausgetragen.

Es folgte ein Referat von Marius Roux, Paris, über:

Der Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag.

Angesichts der reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums, den Achtstundentag zu beseitigen, sei es notwendig, die mannigfachen Kämpfe ins Gedächtnis zurückzurufen, die von der organisierten Arbeiterschaft geführt werden mußten, um diese bedeutungsvolle Forderung durchzusetzen. Im November 1919 ratifizierte die Konferenz von Washington die Übereinkunft, wonach in allen öffentlichen Industrie- und Handelsunternehmungen oder ihren Nebenbetrieben, gleichgültig welcher Beschaffenheit sie sind, mit Ausnahme derer, in denen nur Angehörige derselben Familie beschäftigt sind, die Arbeitszeit für die Angestellten nicht acht Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche übersteigen darf. Dies war das Prinzip, das von allen Bändern unterzeichnet wurde, mit Ausnahme von China, Persien, Siam und Japan, wo nochmals vor der Durchführung eine besondere Prüfung vorgenommen werden soll.

Um die Legenden über die Konkurrenz des Auslandes zu zerstreuen, die gleichmäßig dem Unternehmertum aller Länder verbreitet wurden, teilte der Referent fest, daß schon vor dem Abschluß der Konvention von Washington zahlreiche Nationen den Achtstundentag allgemein eingeführt hatten.

Bereits zwei Jahre nach Erörterung dieser wichtigen Forderung setzte das Unternehmertum alles in Bewegung, um gegen den Achtstundentag zu kämpfen. Es ist ebenso überaltes wie absurd, daß die Arbeitgeber gerade in der ganzen Welt herrschende lange Arbeitslosigkeit in den Jahren 1920 und 1921 zu einer Verlängerung der Arbeitszeit auszunutzen suchten.

So hat sich zum Beispiel der deutsche Arbeitgeberverband der Regierung gegenüber zur Garantie von 500 Millionen Goldmark zur Reparationskassen verpflichtet unter der Bedingung, daß ihm die Regierung gewisse Konzessionen besonders hinsichtlich des Achtstundentages einräumt. Die Unternehmer erklärten sich zwar für Beibehaltung des Achtstundentages bereit, aber sie forderten, daß alle mit ihren Arbeiter geschlossenen Verträge, in denen eine Verlängerung der Arbeitszeit vorgesehen wird, anerkannt werden sollen, ohne daß dem Staate das Recht einer Intervention ausbleibe solle. Natürlich wurde dieses Ansuchen von den deutschen Gewerkschaften auf die energischste zurückgewiesen.

In England unternehmen die Unternehmer nur ganz schwache Versuche zur Verlängerung der Arbeitszeit. Als die Arbeiter auf die Angriffe mit einer neuerlichen Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit antworteten, hatte dies zur Folge, daß die 48-Stunden-Woche unangeführt in Kraft blieb.

In Oesterreich erklärten die Unternehmer, daß man zu wenig arbeite und daß der Achtstundentag die Produktion hindere. Hier macht sich die Regierung abermals zum Mitschuldigen der Unternehmer, wie die ihre Haltung bei der Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden für die Staatsangehörigen beweist. Der Angriff der Unternehmer wurde in der Schuh- und Lederindustrie erfolgreich abgewehrt, aber sie haben den Kampf noch nicht aufgegeben und die Arbeiterorganisationen müssen noch immer gerüstet sein.

In Dänemark weigert sich der Reichstag, das Abkommen über den Achtstundentag zu ratifizieren, trotzdem er praktisch allgemein durchgesetzt ist und in unserer Industrie ein Kollektivvertrag besteht. Der Arbeitgeberverband hat seine Absicht durchzuführen lassen, diesen Vertrag 1924 zu kündigen, um den Achtstundentag abzuschaffen. Doch wird dies an dem Widerstande der Arbeiter scheitern, die sich entschlossen sind, energisch für die Erhaltung der gewonnenen Errungenschaften zu kämpfen.

In Schweden und Norwegen ist der Achtstundentag normal in Kraft und das Unternehmertum scheint keinen Angriff gegen den Achtstundentag im Sinne zu haben, solange es nicht zu Änderungen in anderen Bändern kommt. — In Italien wurde der Achtstundentag durch eine Verordnung angenommen. Aber da der Reichstag die Unternehmer in ihrem Vorhaben unterstützt, sind die Angriffe gegen den Achtstundentag zahlreich. Die Verordnung wurde noch nicht abgeändert, trotzdem die Industriellen die Bestimmungen zu mißachten suchen, indem sie überstunden arbeiten lassen.

In Frankreich wurden die Bestimmungen für die Durchsetzung des Achtstundentages am 23. April 1919 niedergelegt. Die Gesamtheit des Unternehmertums verband sich gegen diese Reform. Die Arbeitgeber in der Schuh- und Lederindustrie erklärten heftig, daß sie keinen Angriff gegen den Achtstundentag beabsichtigten, aber sie unternahm Schritte bei den öffentlichen Gewalten, um durch Änderungen eine Verlängerung von 808 Stunden zu erhalten. Das bedeutete die Rückkehr zu 54-Stunden-Woche, aber durch das Vorgehen der vereinigten Gewerkschaften wurde der Angriff der Unternehmer im geeigneten Augenblicke abgewiesen.

In der Schweiz haben die Unternehmer im Einverständnis mit der Regierung gehandelt, um einen Schritt nach Zürich zu gehen. Die 44-Stunden-Woche wurde bereits in zahlreichen Betrieben eingeführt, indem die Schuh- und Lederindustrie, trotzdem es gerade in diesen Industrien zahlreiche Arbeitslose gibt.

In der Tschechoslowakei hat zwar das Unternehmertum den Kampf gegen den Achtstundentag nicht direkt aufgenommen, es ist aber so, daß einzelne Industrielle überstunden machen lassen. Auf diese Weise werden 60 Stunden pro Woche erreicht. In der Schuh- und Lederindustrie arbeiten allein die Heimarbeiter über acht Stunden.

In den Vereinigten Staaten ist der Achtstundentag

prinzipiell eingeführt. Es wurde bis jetzt kein Angriff darauf gemacht und es scheint auch keiner geplant zu sein.

Der Referent schloß: In unserer Industrie ist es den Anforderungen der Arbeiter gelungen, den Achtstundentag zu behalten. Die einzige Ausnahme war die Schweiz. In Deutschland arbeitet man in der Schuhindustrie nur 47 und in der Sattlerei 48 Stunden pro Woche. In England, Skandinavien, Frankreich bleibt der Achtstundentag weiter in Anwendung. Aber die Gefahr schwebt immer über uns und die Tätigkeit unserer Gewerkschaften darf nicht einen einzigen Augenblick nachlassen. Vor dem Kongress der Schuh- und Lederindustriearbeiter liegt eine bedeutende Aufgabe, die nicht nur darin besteht, den Wunsch nach Beibehaltung des Achtstundentages auszusprechen, sondern auch darin, sich über die Richtung der Aktion aller Landesverbände klar zu werden und diejenigen zu unterstützen, die im Kampf gegen die Unternehmer zum Streik schreiten werden. Und da die Frage der Arbeitszeit einen bedeutenden Platz im Programm unserer Arbeiterorganisationen und in den sozialen Kämpfen, zu denen es unabweislich kommen wird, einnehmen wird, vereinigen wir uns in wäsender Solidarität zu einem energischen, hartnäckigen Widerstand.

Vertreten wir uns mit Ausdauer und Methode auf den Kampf für die 44-Stunden-Woche vor, um auf den Angriff der Arbeitgeber wirkungsvoll zu antworten!

Roux bezeichnet es später als ein besonderes Verdienst der Gewerkschaften, daß bisher in Frankreich und Deutschland der Achtstundentag noch nicht sabotiert werden konnte, verlangt aber, eine gründliche Propaganda für den Achtstundentag, nicht bloß in den gewerkschaftlichen Versammlungen, sondern in den Betrieben selbst durch die Funktionäre, um die Arbeiterschaft auch von dem sozialen Nutzen des Achtstundentages zu überzeugen.

Boulton, London, verteilte ebenfalls den Standpunkt, daß die Arbeiterschaft eine längere Arbeitszeit als 48 Stunden verlangen müsse. In England gäbe es zwei Millionen Arbeitslose und die Zahl der Kurzarbeiter sei sehr groß.

Stoer, Karau, teilte mit, daß in der Schweiz eine Volksabstimmung über den Achtstundentag herbeigeführt werden würde. Die schweizerischen Unternehmer gehen mit der Behauptung trocken, daß in Deutschland und andern Bändern die 48-Stunden-Woche bereits durchbrochen sei. — Eng. Wundberg, machte auf die gleichen Klänge der deutschen Unternehmer aufmerksam.

In einer einstimmig zur Annahme gelangten Entschliessung protestiert der Kongress gegen das reaktionäre Vorgehen der Schweizer Schuhwarenfirma Bally gegen die 48-Stunden-Woche.

Ferner wurde die ausdrückliche Feststellung getroffen, daß der Kongress den Ausführungen Roux über den Achtstundentag zustimmte. Damit übernehmen die angeschlossenen Verbände die Verpflichtung, dafür einzutreten, daß die 48-Stunden-Woche nicht bloß als Maxima erhalten bleibt, sondern daß, um den Vorstoß der Unternehmer zu parieren, die Forderung der 44-Stunden-Woche zu erheben und durchzuführen ist.

Angenommen wurde ein Zusatzantrag, daß die 48 Stunden auf alle sechs Arbeitstage zu beziehen sind. Roux schloß den Kongress, nachdem er seine Befriedigung über die geleistete Arbeit ausgesprochen hatte, mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die Beamtenbefolgung

Künftig wird uns vom Reichsfinanzminister mitgeteilt: In letzter Zeit sind über Beamtenbefolgungsfragen wiederholt böse irreführende Rührungen verbreitet worden, die geeignet sind, unangehörige Beunruhigung zu erregen. In a wurde behauptet, die Reichsregierung wolle die monatliche Bezahlung der Beamtenbesoldung durch eine „wöchentliche“ ersetzen. Das entspricht keineswegs den Tatsachen. Die monatliche Bezahlung der Beamtenbesoldung bleibt aufrecht erhalten. Nur die im Laufe des Monats wegen des Steigens der Löhne eine erforderlich werdenden Erhöhungen der Besoldung sollen zunächst nur für den Zeitraum von je einem Viertelmonat gewährt werden. Diese Maßnahme ist zur Zeit notwendig, um den für diese Zahlungen erforderlichen Bedarf an Zahlungsmitteln jeweils möglichst niedrig zu halten und einer übermäßigen Inflation zu steuern. Im übrigen wird durch die Einführung des neuen Zahlungsmittels die Möglichkeit geschaffen werden, den Beamten die Gehälter in werbe-kräftiger Form auszugeben, so daß die Rohverdienste mit Rücksichtungen fortfallen wird. — Auch die Nachricht, daß bei den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen am 15. September von der Reichsregierung für die erste Septemberhälfte zunächst eine Nachzahlung von 111 Millionen Mark, später eine solche von 104,6 Millionen Mark angeboten sei, ist unrichtig. Die Reichsregierung hat vielmehr eine Nachzahlung für die erste Septemberhälfte von vornherein grundsätzlich abgelehnt. Die mit den Spitzenorganisationen verhandelt, am Mittwoch den 19. September zu leistende Bezahlung gilt vielmehr für das dritte Viertel des September.

Weitere Kämpfe in Baden

Die Meldungen der kapitalistischen Presse über die Kämpfe in Südbaden behaupten folgendes: Die Streikräte habe sich so verhalten, daß die badische Regierung über die Amtsbefugnisse, Schöpfhan, Schwanau und Säckingen von Baden ausgesetzt und verhaftet hat. In der Nacht zum Dienstag sei die Sicherheitspolizei von den Demonstranten regelrecht angegriffen worden. Die Demonstrationen wären gegen die Eise mit Handgranaten (!) vorgegangen und hätten aus Revolvern und Revolvern geschossen. Die Polizei nahm 200 Gefangenen vor. Weiter hätten die Demonstranten verschiedene Persönlichkeiten, darunter den Vorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei, und zwei Journalisten als Geiseln weggeführt. Am Dienstag vormittag säuberte die Polizei mit der blanken Waffe die Straßen, während die Demonstranten aus den Fenstern auf die Polizei geschossen hätten. Unter dem Druck der Demonstranten hätten die Stadtkommanden in erneuten Verhandlungen zugestimmt, die Wirtschaftsbetriebe von 50 schweizerischen Franz zu schließen, und zwar die Hälfte sofort und die andre Hälfte in Raten. In Freiburg sei der Generalstreik erklärt worden. Die Demonstrationen stellten dieselben Forderungen wie in Lörrach.

Was an diesen bürgerlichen Pressemeldungen richtig ist, konnten wir nicht feststellen. Die badische Regierung erließ einen Aufruf zur Besonnenheit, in dem sie verspricht, alles bei der Reichsregierung zu tun, um die Not zu lindern und den Konflikt (als Quasi) zu beenden.

Sanktionen, 18. September. Den streikenden Arbeitern von Baden haben sich auch in Oberbaden die Arbeiter der Gemücker Fabriken und anderer Betriebe, so in Braunfels und Weil, Neapoldshöhe, Kiedingen, Wieseln und andern Orten, angeschlossen. Die Streikwelle hat sich bis nach Waldshut ausgedehnt. Die Arbeiter von Wieseln haben die Stromzufuhr unterbunden, so daß Waldshut ohne Licht ist. Die R. F. D. ruft zum Generalstreik in ganz Baden auf.

Terror der Sonderbündler

Nach dem Schuß der Belgier. Lachen, 17. September. Die rheinischen Sonderbündler entsetzten in Lachen eine heftigste Tätigkeit. Am Freitag hatte bereits eine Versammlung der lokalen Sonderbündler-Organisationen stattgefunden. Der Hauptpunkt der Versammlung bildete die Auf-

berberung, keine Steuern mehr an das Deutsche Reich abzuführen, sondern diese an eine besondere Klasse zu zahlen, die unter der Oberaufsicht der Internationalen Rheinlandskommission stehen solle. Nach dem Sonntag vollständig unter dem Terror der Sonderbündler. Diese waren aus dem ganzen Rheinland in größerer Zahl gekommen und durchzogen mit den Raketen in den Rheinischen Gebieten die Nacht. Sie waren mit Revolvern, Pistolen und Gewehrknäpfe ausgerüstet, von denen sie reichlich Gebrauch machten. Da sie außerdem unter dem Schutze der Besatzung standen, war die Menge dem Kreiben der Sonderbündler gegenüber maßlos. Als vor dem Versammlungsal der Sonderbündler in den Ruf ausbrach: „Nieder mit Deutschland! Nieder mit Vandalen!“, sangen die Gegenwehranten an, das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ zu singen. Da fielen aus der Mitte der Sonderbündler etwa 40 bis 50 Schüsse, durch die eine Anzahl Personen verletzt wurde, darunter einige Frauen.

In der Versammlung selbst, die von etwa 10 000 bis 15 000 Personen besucht war, wurden zwei Resolutionen angenommen. Die eine fordert die Rheinländer auf, sich den Auswirkungen der belgischen Regierung nicht mehr zu fügen, die zweite empfiehlt der Rheinlandskommission, alle Organisationen, Gewerkschaften usw., die den passiven Widerstand unterstützen, zu befehlen. Nach der Versammlung kam es zu wüsten Szenen. Die Sonderbündler glaubten nun ihren Rast an der wehrlosen Bevölkerung erproben zu können. Sie verprügelten und mißhandelten eine große Anzahl von Lachener Personen, darunter einen Polizeibeamten. Die Polizei konnte nicht so vorgehen, wie es nötig gewesen wäre, da sie durch das Verhalten der Besatzung daran gehindert war.

Da die Bewegung so stark geworden ist und sie die Belgier offensichtlich begünstigen, ist für das weitere Schicksal des Rheinlandes das Schlimmste zu befürchten.

Appell an den Völkerbund

Die wir melden, hat der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdamer) eine Aktion beschlossen, die vom Völkerbund die Erzielung der Reparationsfrage fordert. In dieser Aktion ist jetzt der erste Schritt getan worden.

Genf, 18. September. Im Auftrag des Internationalen Gewerkschaftsbundes richteten Jouxhauz, Frankreich, und Dubsgeck, Holland, heute an die Völkerbundversammlung eine lange Denkschrift über die Reparationsfrage, in der sie, da eine Forderung durch die Regierungen selbst unmöglich sei, eine internationale Regelung der wichtigsten Probleme, aus denen sich die Reparationsfrage zusammensetzt, nämlich die Festsetzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die Organisation der internationalen Einleihe und Währungsfrage, der Regelung durch den Völkerbund anvertrauen wollen. Das einzig internationale Organ, das die Regelung der Reparationsfrage unter diesen drei Gesichtspunkten in die Hand nehmen könne, sei nur der Völkerbund, und ihm müsse daher die Reparationsfrage unterbreitet werden.

Weitere Lohnsteuerermäßigung nötig

Die Lohnsteuerermäßigung, die bis 1. September monatlich neu festgesetzt wurden, sind diesmal bereits mit Wirkung vom 16. September an gegenüber dem Stand vom 1. September verdoppelt worden. Aber auch diese Regelung reicht angesichts der schnellen Preis- und Löhnerhöhung nicht aus. Die erheblichen technischen Schwierigkeiten, die bisher bereits die automatische Veränderung der Lohnsteuerermäßigungen verhindert haben, machen es aber auch jetzt noch unmöglich, die steuerfreien Beträge vor dem 1. Oktober wöchentlich festzusetzen. Es darf allerdings angenommen werden, daß auch das Finanzministerium sich der Erkenntnis nicht verschließt, daß die Ermäßigungsbescheide, die vom 1. Oktober an gelten werden, unter Berücksichtigung der ungewissen Höhe des September sehr stark erhöht werden müssen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist zu diesem Zweck im Reichsfinanzministerium bereits vorstellig geworden. Die Fraktion hat ferner angeregt, bereits vom 1. Oktober an eine automatische Anpassung der Ermäßigungsbescheide vorzunehmen unter Zugrundelegung des Grundverdienste und der Goldmark. Eine solche Regelung ist notwendig, weil die Parteien, die jetzt mit dem Lohnsteuerabzug verbunden sind, brüderlich werden, je mehr bei fortwährender Geldentwertung die Reallohn sinken.

Aus aller Welt

Japans Leidensweg

Aus Osaka wird telegraphiert: Ein vom Meere kommendes Wirbelsturm warf große Wassermassen auf Land. Die Stadt Tsotschi wurde teilweise überschwemmt. 5000 Menschen sollen umgekommen sein.

In Tokio und Yokohama ist ein Sturmflutartige Regen niedergegangen. Viele Flüsse sind über das Ufer getreten und haben eine Anzahl Dörfer überschwemmt.

Feuer in der Schweizer Mustermesse

Aus Basel wird gemeldet: Im Gebäude der Schweizer Mustermesse in Riehen-Ried brach aus bisher unbekannter Ursache ein Brand aus. Sofort wurde die Feuerwehr aufgeboden und zur Verstärkung derselben Militär herangezogen. Das Feuer verbreitete sich, obwohl alle Exhanten in Tätigkeit gesetzt wurden, mit rasender Schnelligkeit über den ganzen aus Holz hergestellten Sallenkomplex und legte ihn in Asche. Nur die Halle konnte erhalten werden. Das Gebäude barg zur Zeit keine Ausstellung, doch waren darin Vorbereitungen für das im Oktober stattfindende Fest der Kunstfertigkeit des Stadtkonzerts im Gange.

Der Dollar 181 545 000,—

Beizis, 19. September. (Schluß.)

	19. 8.	19. 9.	18. 9.	18. 6.	
	Prog.	Welt.	Griz.	Welt.	
Amsterdam 1 Gulden	6	71421000	71778000	55825000	59147500
Buen Aires 1 Peso	—	53451000	53747000	49279500	49323500
Kopenhagen 1 Krone	10	29127000	29278000	28940000	24080000
Berlin 1 Mark	10	32917500	33082500	27132000	27268000
Schweden 1 Krone	15	32017000	48305000	39700500	38989500
Belgien 1 Franc	10	4987750	4912250	3990000	40100000
Frankreich 1 Franc	5	8778000	8829000	7182000	7218000
Italien 1 Lire	8	8089550	8080150	6333500	6818500
London 1 Pfd. St.	6	82948750	82706250	67880000	68170000
New York 1 Dollar	3	181545000	182455000	149825000	150857000
Paris 1 Franc	8	10673800	10680300	8675500	8921500
Edinburgh 1 Franc	8	8198000	8208000	20884000	20463000
Spanien 1 Pesta	10	24889000	24461000	20149500	20250500
Österreich (abg.) 100 Kr.	10	253800	256250	214482	215538
Wien 1 Krone	7	5448350	5478850	4850000	4920000
Sudafrika 1 Krone	—	8576	8624	—	—

ra. Beizis, 19. September. (Fig. Drahim.) Die starke Anspannung am Geldmarkt und die Intervention, die die Regierung im Laufe des gestrigen Tages mit Erfolg durchgeführt hatte, machte zur Zurückhaltung. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ist im Gegensatz zu den Vortagen in wesentlichen geringer und es ist auch ein nennenswertes Angebot nicht festzustellen. Die Umsätze bewegten sich daher in sehr engen Grenzen.

Wasserstände der Moldau, Elbe, Eger und Elde

	17.	18.	17.	18.
Moldau	Subweiss	— 42 — 44	Wendisch	— 30 — 38
Elbe	Wobran	— 88 — 78	Wendisch	— 15 — 25
Eger	Jungbunzlau	— 17 — 31	Wendisch	— 48 — 44
Elde	Wobran	— 49 — 44	Wendisch	— 59
	Wobran	— 94 — 80	Dresden	— 206 — 201

Sachsen

Wie gelogen wird

Wie gemein gegen Sachsen gehet wird, zeigt eine Notiz in Nr. 185 des Salzburger Volksblattes...

Berlin, 30. August. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet, demonstrierten in Kamenz mehrere Hundert Arbeiter vor den Wohnungen derjenigen, die die Aufnahme von Aufzählern ausgeführt hatten...

Genau das Gegenteil ist wahr. Die Arbeiter hatten, wie schon in einer früheren Nummer der Volkszeitung berichtet wurde, die betreffenden Leute zur Rede gestellt...

Hilfe für kinderreiche Familien

Die gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ermahnen dazu, mehr als bisher den kinderreichen Familien besondere Beachtung zuwenden zu lassen...

Kinderbeschäftigung bei öffentlichen Schaustellungen

Zur Bekämpfung der Kinderbeschäftigung bei öffentlichen Schaustellungen und andern Schaustellungen haben die zuständigen Ministerien vorgeschrieben, bei Erteilung von Wandergewerbebescheinigungen die Antragsteller mündlich darauf hinzuweisen...

Zweite staatliche Prüfung an der Höheren Staatslehranstalt für Bautechnik zu Wilmkau. Die Prüfungsordnung für die zweite staatliche bautechnische Fachprüfung ist erschienen...

baufspektor" erworben. Dem Prüfungsausschuss gehören neben den ständigen wissenschaftlichen und Dozenten der Staatslehranstalt sechs weitere vom Wirtschaftsministerium ernannte Sachverständige an.

Entlassung von Polizeioffizieren. Die Polizeihauptleute v. Wunau, Hob und Daase sind disziplinärer Verfehlungen wegen aus dem Staatsdienste entlassen worden.

Genosse H. Winter aus München ist im sächsischen auswärtigen Amt angestellt worden. Genosse Winter war früher Redakteur des Münchener unabhängigen Organs.

Großer Diebstahl im Schloß Rastburg. Vor reichlich Wochenfrist in der Nacht zum 9. September, sind unbekannte Epituben durch ein offenstehendes Fenster in Räume des altbekannten Schlosses Rastburg, unweit Venig, eingestiegen...

Dresdner Chronik

Die Kleinen und die Großen Die Entwertung der Sparkassengelder

Im Jahre 1922 zeigt die Bewegung der Einlagen auf Sparrenten familiärer deutscher Sparkassen am Monatsende folgendes Bild, wenn neben die absoluten Zahlen die der Friedenskaufkraft entsprechenden Beträge in Friedensmark gesetzt werden:

Table with 3 columns: Year, In Papiermark, In Friedensmark. Rows for 1914, 1922, and months from Jan to Dec.

Nach diesem wegen des niedrigen Entwertungsfaktors noch relativ günstigen Bild verhalten die Sparkassen Anfang 1922 nur noch den achten Teil und am Ende des Jahres nur noch den hundertsten Teil des Friedenskapitals...

Goldbilanzen, hohe Reserven, Substanzerhaltung

Die Sächsische Bronzwaren-A.G. in Wurzen hat sämtliche Anlagen auf 1 M. abgeschrieben.

Eine beschriebene Bilanz veranschaulicht die Möbelfabrik Thurner A.G. Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Inventar und Effekten stehen mit je einer Mark zu Buch.

Die Rheinische Elektrizitäts- und Kleinbahnen-A.G. bewertet ihr Elektrizitätswert in der Bilanz mit 10,4 Millionen, ihre beiden Ueberlandzentralen mit zusammen 8,5 Millionen Mark.

Die Optil und Feinmechanik A.G. Heidelberg rechnet bilanzmäßig Grundstücke und Gebäude mit 3,3 Millionen Mark, Maschinen, Fabrikrichtung und Werkzeuge mit zusammen fünf Papiermark.

Reim u. Co., A.G. für Blechindustrie buchen Grundstücke und Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Utensilien, Fuhrpark, Lithographische, elektrische Lichtanlage und Luftdruckanlage mit je einer Mark.

Die A.G. für Verzinkerei und Eisenkonstruktion in Rheindroß am Rhein verbucht Grundstücke mit 0,7, Gebäude mit 0,3 Millionen Mark, Maschinen, elektrische Anlage, Eisenbahnanschluss Verzinkereianlage, Geräte, Werkzeuge, Utensilien, Fuhrwerke stehen mit je zwei Mark in der Bilanz.

Die Geestemünder Bank A.G. bilanziert ihre Bankgebäude in Geestemünde und Bremerhaven mit je einer Mark. Die Vereinigte Brauwaren- und Basalt A.G., Remagen

am Rhein, verbucht Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Druckwerkstanlagen, Bahnanlagen, Betriebsinventar, Werkzeuge, Fahrzeuge und Verwaltungsinventar mit je einer Mark.

Gleiche Not - gleiches Brot!

Was mit Recht die größte Erbitterung in der darbenenden und notleidenden Bevölkerung hervorruft, ist die Tatsache, daß heute noch zweierlei Brot hergestellt wird.

Es darf in Zukunft nur mehr ein Einheitsbrot geben, dessen Preis so zu halten ist, daß er von der großen Masse getragen werden kann.

Die Preisflut

Der völlige Zusammenbruch der Papiermark hat zu einer furchtbaren Anarchie in der Preisbildung geführt. Die Preise überfliegen sich. Stündlich, fast minutlich kann man neue, höhere Preise bezahlen.

Wir müssen verlangen, daß diesem Treiben energischer als bisher zu Leibe gerückt wird. Vielleicht kann nach dem Beispiel der Berliner Wucherpolizei verfahren werden...

Der Schwärmer von Bazancourt

Nichtig, du stürmtest mit. Das war ein stotter Lauf an die Wärme! Unsre Bagage kam kaum mit. Vom Feinde nichts zu sehen. Und heute! Wir hatten Schokolade, Fleisch! Nichtig, du wolltest ja erzählen...

Einschläge! Diese Feuerhagel, wie sie häuften! Denk dir den klarsten Himmel und alle Sterne angezündet. Sie verschwinden, tauchen auf, verfliegen, Sternschuppen purzeln durcheinander...

Als wenn ich mein Gewissen mit diesem Wort zum Schweigen bringen könnte! Die vielen schwarzen Drähte, die das Dorf durchquerten, von weither kamen an Bäumen hängen, von hier zu hier sich zogen...

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.

Vertical text on the right margin containing various small advertisements and notices.

Sachsen

Wie gelogen wird

Wie gemein gegen Sachsen gehandelt wird, zeigt eine Notiz in Nr. 198 des Salzburger Volksblattes...

Berlin, 30. August. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet, demantrieren in Namen mehrere Hundert Arbeiter vor den Wohnungen derjenigen, die die Aufnahme von Kindern...

Genau das Gegenteil ist wahr. Die Arbeiter hatten, wie schon in einer früheren Nummer der Volkszeitung berichtet wurde, die betreffenden Leute zur Rede gestellt...

Hilfe für kinderreiche Familien

Die gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ermahnen dazu, mehr als bisher den kinderreichen Familien besondere Beachtung zuteil werden zu lassen...

Kinderbeschäftigung bei öffentlichen Schaustellungen

Zur Bekämpfung der Kinderbeschäftigung bei öffentlichen theatralischen und andern Schaustellungen haben die zuständigen Ministerien vorgeschrieben, bei Erteilung von Wandergewerbe...

Zweite staatliche Prüfung an der Höheren Staatslehranstalt für Gaudentau zu Pillnitz. Die Prüfungsordnung für die zweite staatliche geistliche Fachprüfung ist erschienen...

Sachverständigenrat. Dem Prüfungsausschuss gehören neben den ständigen wissenschaftlichen und Sachverständigen der Staatsprüfung...

Entlassung von Polizeioffizieren. Die Polizeihauptleute v. Münch, Nob und Baake sind disziplinar Verurteilungen wegen aus dem Staatsdienste entlassen worden.

Genosse H. Winter aus München ist im sächsischen auswärtigen Amt angestellt worden. Genosse Winter war früher Redakteur des Münchner unabhängigen Organs.

Großer Diebstahl im Schlosse Rochsburg. Vor reichlich Wochenfrist in der Nacht zum 8. September, sind unbekanntes Verbrechen durch ein offenkundiges Fenster in Räume des altbekannten Schlosses Rochsburg, unweit Riesa, eingeschlagen...

Dresdner Chronik

Die Kleinen und die Großen

Die Entwertung der Sparkassengelder

Im Jahre 1922 zeigt die Bewegung der Einlagen auf Sparkonten sämtlicher deutscher Sparkassen am Monatsende folgendes Bild...

Table with 3 columns: Year, In Papiermark, In Friedensmark. Rows for 1914, 1922, and monthly breakdown for 1922.

Nach diesem wegen des niedrigen Entwertungsfaktors noch relativ günstigen Bild verhalten die Sparkassen Anfang 1922 nur noch den achten Teil und am Ende des Jahres nur noch den hundertsten Teil des Friedenskapitals...

Goldhilfen, Hilfe Referven, Substanzerhaltung

Die Sächsische Bronzewaren-A.G. in Wurzen hat sämtliche Anlagengüter auf 1 M. abgeschrieben.

Eine beschriebene Bilanz veranschaulicht die Möbelfabrik Thurner A.G., Grundstück, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Inventar und Effekten stehen mit je einer Mark zu Buch.

Die Rheinische Elektrizitäts- und Kleinbahnen-A.G. bewertet ihr Elektrizitätswert in der Bilanz mit 10,4 Millionen, ihre beiden Ueberlandzentralen mit zusammen 8,5 Millionen Mark.

Die Optik und Feinmechanik A.G. Heidelberg rechnet bilanzmäßig Grundstücke und Gebäude mit 3,3 Millionen Mark, Maschinen, Fabrikeinrichtung und Werkzeuge mit zusammen fünf Papiermark.

Reim u. Co., A.G. für Blechindustrie bucht Grundstücke und Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Utensilien, Fuhrpark, Lithographiesteine, elektrische Lichtanlage und Luftdruckanlage mit je einer Mark.

Die A.G. für Verzinkerei und Eisenkonstruktion in Rheindrohl am Rhein verbucht Grundstücke mit 0,7, Gebäude mit 0,3 Millionen Mark, Maschinen, elektrische Anlage, Eisenbahnanschluss Verzinkereianlage, Geräte, Werkzeuge, Utensilien, Fuhrwerke stehen mit je zwei Mark in der Bilanz.

Die Gieselerländer Bank A.G. bilanziert ihre Postgebäude in Gieselermünde und Bremerhaven mit je einer Mark. Die Vereinigte Grauwolle- und Basalt A.G., Remagen

am Rhein, verbucht Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Blechwerkstätten, Bahnanlagen, Verleibsinventar, Werkzeuge, Fahrzeuge und Verwaltungsinventar mit je einer Mark.

Die A. Wolf A.G. in Magdeburg-Buckau hat sämtliche Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Anlagen auf je 1 M. abgeschrieben.

Gleiche Not - gleiches Brot!

Was mit Recht die größte Erbitterung in der darbenenden und notleidenden Bevölkerung hervorruft, ist die Tatsache, daß heute noch zweierlei Brot hergestellt wird.

Es darf in Zukunft nur mehr ein Einheitsbrot geben, dessen Preis so zu halten ist, daß er von der großen Masse getragen werden kann. Man täusche sich nicht darüber, wie tief sich die Empörung gerade über diese unsoziale Unterscheidung in die Bevölkerung eingegriffen hat.

Die Preisflut

Der völlige Zusammenbruch der Papiermark hat zu einer furchtbaren Anarchie in der Preisbildung geführt. Die Preise übersteigen sich. Stündlich, seit minütlich kann man neue, höhere Preise bezahlen.

Der völlige Zusammenbruch der Papiermark hat zu einer furchtbaren Anarchie in der Preisbildung geführt. Die Preise übersteigen sich. Stündlich, seit minütlich kann man neue, höhere Preise bezahlen.

Wir müssen verlangen, daß diesem Treiben energischer als bisher zu Leibe gerückt wird. Vielleicht kann nach dem Beispiel der Berliner Wucherpolizei verfahren werden.

Wir müssen verlangen, daß diesem Treiben energischer als bisher zu Leibe gerückt wird. Vielleicht kann nach dem Beispiel der Berliner Wucherpolizei verfahren werden.

Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Thielemann

Wichtig, du störst mit. Das war ein stotter Laufen an die Wärme! Unstre Bagage kam kaum mit. Vom Felde nichts zu sehen. Und Beute! Wir hatten Schokolade, Fleisch!

„Ganz recht, auf uns, wir hatten zwei tote und acht Verwundete.“

„Ja, aber sonst war alles still, warm und erwartungsvoll. Da brach es los. Punkt zwei. Ein Weiter, sag ich dir!

Einschlägel! Diese Feuerzunge, wie sie hüpfte! Denk dir den kochenden Himmel und alle Sterne angezündet. Sie verschwinden, tauchen auf, versinken, Sternschnuppen purzeln durcheinander und alles glüht, stimmert, funkelt, raucht und dampft und blüht! ... Vertram, es fehlen mir die Worte.

Und dann die fröhliche Jagd am klaren Morgen. Frankreich hat wunderschöne Gegenden ...

„Ganz recht, von guter Luft. Ein lieber Kerl. Was ist mit ihm?“

„Bei der fröhlichen Jagd am andern Morgen hat man ihm beide Augen ausgeschossen.“

„Schrecklich! ... und achselzuckend: Vertram, so ist der Krieg! Doch komm! Wir können's ja nicht ändern. Der arme Kerl!“

Er schüttelte sich frei.

„Heute abend haben unsre Herren eine kleine Feier. Unser Kosmoffizier hat von der Marktlenderei zwanzig Flaschen Sekt und verschiedene andre Sorten geholt. Er hat mir gütigst zum Einkaufspreis zwei Flaschen Tüchheimer überlassen. Die werden wir heute abend trinken. Doch jetzt komm mit, ich zeig dir unsre neuerrichtete Kentrale. Da wirst du Franzosen finden können. Es wird hier nämlich lebhaft werden. Wir erwarten noch verschiedene ganz schwere Batterien für die zweite Linie. Dabei haben wir jetzt schon 31 Anschlüsse. Natürlich alles gute Doppelseitigen ... Bist du übrigens mit deinem Quartier zufrieden?“

„Ja gewiß; ich liege mit drei Mann auf einem Boden, ziemlich sauber, Wasser in der Nähe.“

„Jäger nimmt das Wort: „Ich bekomme von morgen an ein Bett, mein Sohn; die Leute, die heute noch drin liegen, werden morgen abgeschoben. Das ist doch mal was andres, als immer Holzwohle, Draht oder Stroh. Du kannst dir denken, daß ich mich freue.“

„Als wenn ich mein Gewissen mit diesem Wort zum Schweigen bringen könnte! ...“

Die vielen schwarzen Drähte, die das Dorf durchquerten, von weither kamen an Bäumen hängen, von links zu rechts sich zogen, liefen in einem Haus am Marktplatz bei der Kirche zusammen. Sie wickelten sich alle um ein weißes Mädchen an der Hauswand, um dann in Reich und Glub, wie ausgerichtete Soldaten, in einem kleinen Fenster, dem die Schelbe fehlte, zu verschwinden.

Vogelsang und Jäger stehen in der Telefonzentrale. Zum Fenster kommen die Drähte heranzupolieren; sie alle laufen nach einem großen Schrank mit vielen Klappen, Stipfeln, Schaltern, suchen sich ein Plättchen, eine Schraube, von wo aus sie mit Schnarren und mit Klingeln dem großen Schrank bereitwilligst Geheimnisse erzählen.

Fernsprecher sitzen vor den Klappen. Es schnarrt. Blinke Hände klappeln. Hier Jupiter wer wird verlangt? ... Herzog kommt. Eine Kurbel wird gedreht. „Herzog ist da, bitte sprechen!“

„Unser Vermittlung hat sich den Decknamen „Jupiter“ erkoren. „Herzog“ ist die Division“, erklärt Hans Jäger. Es klingelt. „Wer wird verlangt? ... Käte kommt. Sprechen!“

Der Fernsprecher trennt die erste Verbindung, zieht den Stöpsel aus dem Schrank. „Wird noch gesprochen? Trenne!“

Jedes Regiment, jedes Bataillon und jede Batterie hat einen Decknamen, um dem Franzosen, der ja durch Abhörapparate lauscht, das Verständnis zu erschweren,“ erklärt wieder Jäger.

Die bunten Schlitze hängen durcheinander. Die Hände sind in Bewegung. „Hier sind wir besser unterrichtet über die Lage dort, als ihr im Graben selbst. Wir bekommen viermal täglich den Gefechtsbericht von allen Beobachtungen, Außergewöhnliches sofort.“

Da fallen zwei Klappen wagerecht vom Schrank. Die Batterie „Immergrün“ und der Kommandeur des Regiments rufen zu gleicher Zeit. (Fortsetzung folgt.)

Handelspreise durch Rundtelegramm, und die Banken haben strengste Anweisung, einzugreifen, sobald der Handel die Großhandelspreise aus eigener Machtvollkommenheit übersteigt.

Wenn die fließende Polizei in ähnlicher Weise vorgeht, dann würden es sich gewisse Händler doch überlegen, ob sie den Käufer weiter so auf die Spitze treiben wollen, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben, und ein solches Vorgehen würde zweifellos auch wesentlich zur Bekämpfung der Bevölkerung beitragen.

Sächsischer Lebenshaltungsinde

Nach den Preisfeststellungen vom 17. September sind vom sächsischen Statistischen Landesamt folgende Indizes für den Lebenshaltungsinde (1913/14 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 11 941,383, Gesamtindex ohne Bekleidung = 10 068,235, am 10. September betrug der Gesamtindex mit Bekleidungsindex 4 840,218 und ohne Bekleidungsindex 3 481,062.

Die Dresdner Indizes für den Lebenshaltungsinde (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung) berechnete sich laut Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt nach dem Preisstand vom 17. September auf das 122,33fache der Vorkriegszeit (1913/14 = 1), das sind 161 v. H. mehr als in der Vorkriegszeit, wo das 4 880,96fache erreicht wurde. Das bedeutet, daß der Wohlstand nur noch die Kaufkraft von acht Friedenspreisen besitzt. Heute sind schon weniger.

Wo kommt die Butter hin?

Wünschentlich, womöglich ein paarmal, werden allerorts neue Butterpreise festgesetzt und veröffentlicht. Es ist Arbeits- und Papierverknappung. Wer bekommt denn heute noch für ein gutes (12) Geld Butter, — wenigstens in der Stadt? Stehen die Leute doch heute wegen Margarine. Man muß schon weite Landstrecken machen und „Verbindungen“ haben, um etwas Butter aufzutreiben. In der Märfelfrage, wo die Butter bleibt, schreibt man nun: „Mein Freund, ein Baumstamm von hier, soll seit Jahren seine ein bis zwei Stroh Butter in Hausdorf bei Schötenitz. Am letzten Sonntag erklärte ihm der Bauer, von dem er bezog, er könne seine Butter mehr abgeben, er hätte von der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Bärenhede ein Schreiben erhalten, wonach diese nur noch Dampfmehl an Landwirte abgibt, wenn sie ihr Butter und Eier brachten. In dieses Schreiben hat der genannte Bauermeister Einsicht genommen. Der Inhalt entspricht den Angaben.“ Wir bemerken hierzu, daß am Bärenhede sämtliche Dörfer längs des Mühlbaches von Weinstein bis Altenberg angeschlossen sind. Da es wahrscheinlich ist, daß das Schreiben an alle Milcherzeuger bzw. Mitglieder der Genossenschaft gegangen ist, so müssen in Bärenhede Tausende Stück Butter und noch mehr Eier zusammenkommen. Sie können unmöglich vom Personal der Genossenschaft verbraucht werden. Was geschieht damit? Werden heute damit „geschmiert“? Wird die Butter als teure „Kocherbuter“ verkauft? Wird sie gar als „außerdienstliche“ Ware „verschoben“? Eine Aufklärung tut dringender Not. Vielleicht nehmen sich die Kontrollausschüsse der Märfelfrage einmal an.

Am Nord an dem Eisenbahnoberfeldstr. Jügen, Werderstraße 7, 4. wird noch berichtet, daß der Wörber auch eine neu-silberne Flachglas-Plinder-Remontieruhr, Schweizer Fabrikat, ohne Nummer, mit ovalem Zifferblatt, deutschen Ziffern, Sekundenzeiger, vergoldeten gotischen Ziffern, 18 Kmg., auf vier Steinen gehend, Kückel-Schloßchen und geräthet, mitgenommen hat. Die Uhr ist am 1. September 1923 bei dem Uhrmachermeister Paul Staudt, An der Kreuzstraße 8, für 24 Millionen Mark von Jügen gekauft worden. Da anzunehmen ist, daß die Uhr weiterveräußert wird oder schon ist, wird um umgehende Mitteilung über deren Verbleib an die Kriminalabteilung, Zimmer 149, gebeten.

Der bestuhene Spitzhuhn. Der wiederholt vorbestrafte Kalaaber Albert Tauscher entwendete als solcher bei einer Firma in Niederpöritz, wo er in Arbeit stand, mehrfach zum Teil größere Posten Kalaabohnen und dergleichen Artikel von ganz erheblichem Werte, um damit eigene Geschäfte zu machen. Als Käufer beim letzten Diebstahl zwei Sack Kalaabohnen im Gewichte von 50 Kilogramm auf die Seite gemacht, kloppte er mit der Permalose auf der Strohhalmhülle nach Dresden nicht; er legte die Sacke kurzweilig in den Strohhalm und verbot sie selbst. Am anderen Morgen hatte sich ein anderer Interessent darüber hergemacht und die wertvolle Beute an sich genommen. In Anbetracht der Verbrechen erkannte das Schöffengericht auf 6 Monate Gefängnis.

Abfahrschaltung auf Gas und elektrischen Strom. Der Schlichter schreibt uns: Infolge der seit täglicher Erhöhung der Energiepreise können häufig die Preise für Gas, elektrischen Strom und Wasser nur am Ende jedes Monats bekanntgegeben werden. Nach den bis zum 14. September gültigen Kohlenpreisen kostete 1 Kubikmeter Gas 1,2 Millionen, 1 Kilowattstunde Lichtstrom 1,8 Millionen, 1 Kilowattstunde Kraftstrom 1,4 Millionen und 1 Kubikmeter Wasser 1 Million Mark. Nach den ab 17. September gültigen Kohlenpreisen beträgt der Preis für 1 Kubikmeter Gas 2,5 Millionen, 1 Kilowattstunde Lichtstrom 4,5 Millionen, 1 Kilowattstunde Kraftstrom 4 Millionen und 1 Kubikmeter Wasser 2 Millionen Mark. Am Ende des Monats wird sich ein noch weit höherer Preis herausstellen. Da alle Betriebsmittel im voraus zu bezahlen sind, sehen wir uns genötigt, Abfahrschaltungen durch Ausgabe von Quittungen einzuführen. Durch die Ausgabe der Quittungen und ihre Annahme durch die Verbraucher soll die Aufnahme fremder Kredite zur Bezahlung der Betriebsstoffe, deren hohe Verzinsung sonst auf den Gas-, Strom- und auch auf den Wasserpreis geschlagen werden muß, möglichst vermindert werden. Die Quittungen, die durch einen mit Ausweis versehenen Boten ausgetragen werden, nehmen die Wasserboten beim Kassieren der Monatsrechnungen als Zahlung wieder an. Der Betrag der Quittungen soll etwa der Hälfte der Gesamtrechnung des laufenden Monats entsprechen, ohne daß damit der endgültige Preis ausgedrückt sein soll. Zum Kauf der Quittungen ist jeder Abnehmer verpflichtet, andernfalls müßte die Abgabe von Gas oder Strom eingestellt werden.

Bekämpfung häßlicher Geschäftsbräute. Die Städtische Straßensanität hat Ende dieser Woche ihre Geschäftsbräute in das neue Stadthaus Theaterstraße. Aus diesem Anlaß bleiben die Fundverwaltungen am 20. und 21. die Kassen am 21., die Kassen und sonstigen Verwaltungsräume der Städtischen Straßensanität am 22. September für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Ferner werden aus Anlaß des Umzugs des Schulamts samt Geschäftsbüro für Leibesübungen bisher im Neuen Rathaus, der Buchhalterei IV (bisher Wasserbaustraße 65) und der neuen Schulamtsklasse sowie der Schulgebäudeklassen (siehe Johannesstraße 18) und des Ortsausschusses für die Kinderleistungen (siehe Johannesstraße 18) nach der Theaterstraße Sonnabend den 23., Montag den 24., Dienstag den 25. und Mittwoch den 26. September 1923 die Kassen sowie die Schulamtsbuchhalterei für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen bleiben. Die Kassengeschäfte werden an diesen Tagen nach in der Stadtkasse II/III im Neuen Rathaus, 1. Obergesch. erledigt. Dringliche Schulgebäudeklassen werden während des Umzugs nach in der sechszehnten Schulgebäudeklasse, Johannesstraße 18, 2. Obergesch. angerufen.

Kassenschließung der Oberpostkasse. Die von der Oberpostkasse in Dresden ausgehenden, auf das Postamt in Dresden-M. genannten Kassenschecks über 1, 2 und 5 Millionen Mark, werden zur Einlösung ausgesetzt. Sie können noch bis zum 16. Oktober 1923 bei allen Poststellen des Bezirks bar eingelöst oder zu Einzahlungen vermindert werden.

Neue Preise für Hausbrandkohlen. Steinkohlen sollen jetzt je nach Herkunft und Sorte 54 bis 58 Millionen Mark, Niederlausitzer Braunkohle 62 Millionen Mark je Tonne ab Lager.

Milchpreis. Infolge der Erhöhung der Kraftstoffe um das 7fache macht sich eine Erhöhung des auf 1 480 000 M. festgesetzten Milchpreises auf 1 680 000 M. notwendig. Diese Erhöhung tritt sofort in Kraft.

Selbstmord. Ein 30 Jahre alter, in der Bötlicher Straße wohnhafter Anwalt, der früher einmal überfahren worden war und später Höfnerdienste verrichtete, verfiel unter dem Druck der Verhältnisse in Schwermut und beendete sein Leben durch Erhängen.

Aus dem Parteileben

Gemeinliches Komitee Groß-Dresden. Sonnabend, 22. Sept., 9 Uhr, findet im Parteizimmer des Arbeitersekretariats, Riesenstraße 4, 1., die Schlußsitzung statt. Nicht der Mitglieder ist es, vielmehr und vollständig zu erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Dresdens und Umgegend. Freitag den 21. September, 4 1/2 Uhr, Fortbildungskurse Melanchthonstraße (Vortragszimmer) erweiterter Vorstand und Vertrauensmännerversammlung. Alle Mitglieder sind willkommen. — Auf Wunsch der K. f. S. Freiberg wird die gemeinsame Sitzung in Tharandt auf Oktober verschoben. Die Rats in der Schulzeitung ist also binfällig.

4. Unterbezirk

Mitgliederversammlung in der Reichstraße für die Genossen und Genossinnen sämtlicher Bezirke von Dresden, Neustadt, Trachenberge, Pieschen und Ritzsch findet Freitag den 21. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Reichstraße, Bismarckweg, eine gemeinsame Mitgliederversammlung statt, die zur politischen Situation Stellung nehmen soll. Der Abgeordnete des Bezirkes, Genosse Reichshauptmann Busch, hat das einleitende Referat übernommen. Es wird erwartet, daß die in Frage kommenden Bezirke für starke Beteiligung sorgen. Mitgliederbeweis ist mitzubringen. Die Parteiführer der inneren Reichstadt wollen sich eine Stunde vorher zur Organisation des Kontrollbüros einfinden. Ohne Parteilegitimation kein Zutritt.

Bezirk Pieschen. Freitag, 6 1/2 Uhr, vom Ritzschburger Platz, gemeinsamer Abmarsch zur Mitgliederversammlung in der Reichstraße.

5. Unterbezirk

Gruppe 7, Johannstadt. Freitag, 7 1/2 Uhr, im Gruppenrat, Versammlung, Besprechung des Status der Groß-Dresden. Allgemeines.

6. Unterbezirk

Bezirk Coschubau, Stegisch, Remnis und Umgegend. Zu der heute Mittwoch, abends 7 Uhr, stattfindenden Verwaltungssitzung werden auch alle diejenigen Mitglieder gebeten zu erscheinen, die noch im Besitz von Büchern aus der früheren Parteibibliothek oder sonstigen, der Partei gehörigen Material sind, zwecks Anfertigung eines Inventarzeichnisses. — Der Kursus über die Gemeindeführung beginnt Donnerstag den 27. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Schule zu Stegisch. Als Leiter des Kursus ist Oberregierungsrat Genosse Dr. Künzler gewonnen worden. Die zwei weiteren Kursusabende sind für den 8. und 10. Oktober vorgesehen.

Kinderfunkkommission Sotta-Beckwitz-Beutenow. Sachauskunft des H. W. A. Morgen Donnerstag; Spaziergang. Stellen der Kinder in Sotta: 2 1/2 Uhr am Rathaus; Beutenow: 2 1/2 Uhr am Gasthof Beutenow.

Gruppe Niederwitz. Freitag, 7 1/2 Uhr, Gruppenversammlung im Gasthof Großglogau. Kuffelung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Parteiangelegenheiten. Rein Trinkwapp. Abmarsch der Niederwitzer Genossen um 7 Uhr, Treffpunkt Kolonie.

Frauengruppenleiterinnen Montag den 24. September, abends 7 Uhr, in Freital, Böhlen im Wartezimmer des Arbeitersekretariats, Untere Dresdener Straße 190, 1., wichtige Sitzung. Jede Frauengruppe muß unbedingt vertreten sein.

Gruppe Dobritz. Sonnabend, 22. Sept., 7 1/2 Uhr, Gruppenversammlung im Gasthof. Vortrag des Genossen Mühlisch: Sachwertverteilung — Bodenreform. Stadtverordnetenwahl.

Gewerkschaftsbewegung

Macht euch einen Knoten im Magen

Auf dem Rittergut Kubiogast hält man einen Betriebsrat nur dann für brauchbar, wenn er im Sinne der kapitalistischen Wirtschaft und nach Wunsch des Arbeitgeber arbeitet. Beil der Betriebsrat nicht fähig war, die Belegschaft zu einer 10tägigen Arbeitszeit zu zwingen, beantragte man beim Schlichtungsausschuss die Entbehrung des Betriebsrates gerechtfertigt sei. Es wurde vielmehr festgestellt, daß der Betriebsrat voll und ganz seine Verpflichtungen nachgekommen war. Der Inspektor sowie der Vertreter des Landbundes konnten sich mit dieser Ansicht jedoch nicht einverstanden erklären, und wurde deshalb folgender Scheidungspruch verkündet:

Es wird folgender einstimmige Schiedspruch gefällt: Der Antrag des Rittergutsbesitzers Schumann zur Rittergut Kubiogast bei Beginn auf Entlassung der Mitgliedschaft im Betriebsrat des Geschäftsführers Paul Probst, des Oberführers Paul Feinig und der Landarbeiterin Gerling wegen größter Verletzung der geschäftlichen Pflichten wird zurückgewiesen. Diese Entscheidung ergreift auf Grund des Betriebsratsgesetzes und ist bindend. Bez. Döring, Vorsitzender.

Aus vorstehenden geschichtlichen Tatsachen läßt sich erkennen, in welcher Weise man die Betriebsräte mißbrauchen möchte.

Der Landbund hält seine Mitglieder auf das strengste an, nicht über die tarifliche Bezüge hinauszugehen. Es wird jedes Mitglied des Bundes bestraft, das über die tarifliche Höhe hinaus entlohnt. Nicht bestraft werden aber diejenigen Bundesmitglieder, die der Arbeiterkraft die Bezüge vorenthalten. Auch über das Rittergut Kubiogast sind eine ganze Anzahl von Beschwerden vorhanden. Würde es der Landbund mit seinen Pflichten genau nehmen, müßte er den dortigen Wächter einmal ganz gehörig auf seine Pflichten aufmerksam machen.

Es sind nachstehende Beschwerden festgestellt worden.

- 1. Lebt es der Betrieb ab, den Landarbeitern und deren Familienmitgliedern die Selbstversorgungszahlung zu gewähren.
2. Man hat den Ausschall von allen Mitgliedern entbietet und diese über die sächsische Grenze zur Ausnutzung der Milchproduktion gebracht mit dem Vorwande, daß eine sechsmalige Entlohnung es nicht mehr ermöglicht, die Milch weiter dort zu lassen. Damit ist den Landarbeitern, für ihre Kinder die benötigte Milch zu erhalten, entzogen worden. Erst auf ganz energisches Drängen der Belegschaft ist es wieder gelungen, einige Kühe in den Ausschall hineinzubekommen.
3. Man hat nicht daran gedacht, den dort beschäftigten Ausschallern den gehörsamsten Lohnzuschlag zu zahlen.
4. Es wurden 17 Arbeiter wegen Mangels an Zahlungsmitteln entlassen — zur Zeit der höchsten Ernte. Nachdem man seinen Willen durchgesetzt hatte, sollte die Arbeiterkraft jedoch 10 Stunden arbeiten.

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Verände der w. l. Schule, S. Volksschule, Donnerstag, 8. Sept., abends 7 Uhr, Zusammenkunft. Wichtige Tagesordnung. Erledigen aller Angelegenheiten.
Kampfbund der Arbeitervereine Dresden, Johannstadt (S. 1. & 2. Unterbezirk). Donnerstag, 8. Sept., abends 7 Uhr, Mieter- und Gewerkschaftsversammlung.
Gewerkschaft der Kaufleute. Freitag, 21. September, abends 7 Uhr, Versammlung.
Gewerkschaft der Arbeiter. Freitag, 21. September, abends 7 Uhr, Versammlung.
Gewerkschaft der Arbeiter. Freitag, 21. September, abends 7 Uhr, Versammlung.

Der Herr Inspektor scheint auch der Ansicht zu sein, daß etwas Entlohnungspolitik in Punkte Hunger und Arbeit am Plage ist. Denn er erklärte auf Verlangen der Arbeiterinnen, das Deputat auszugeben: Macht euch einen Knoten im Magen. Bei den zur Arbeit gekommenen Kindern hielt er es für richtig, diese sofort selbst in Achtung zu nehmen.

So sieht ein Betrieb aus, wo der Betriebsrat für die Interessen des Arbeitgebers verantwortlich gemacht wird, wohl aber nichts zu sagen hat, wenn man die Arbeiterkraft um ihre Rechte betrügt.

Das Schicksal des Daily Herald

Der bedeutendste Gegenstand, über den der in Plymouth tagende englische Gewerkschaftskongress zu entscheiden hatte, war die Zukunft des einzigen Arbeiterblattes Englands. Der Daily Herald kann sich, obwohl er eine Auflage von 800 000 Exemplaren hat, doch nicht selbst erhalten, denn es ist ein Wochenblatt von annähernd 500 Pfund zu bedecken. Der Kongress stand nun vor der Frage, ob die Gewerkschaften die Summe aufbringen können oder wollen oder aber, daß die mächtigste Arbeiterbewegung der Welt ihr einziges Tagesblatt eingehen lassen müsse. Die Frage wurde fast eine ganze Woche hindurch in vertraulichen Sitzungen beraten, was wohl darauf schließen läßt, daß die Schwierigkeiten, das nötige Geld zu beschaffen, recht groß sind. Dies ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, daß die Klassen der Gewerkschaften durch die Arbeitslosigkeit so gut wie gelähmt sind, und daß sich infolgedessen große Gewerkschaften, vor allem die Bergarbeiter, außerstande erklärten, die auf sie entfallenden Beiträge anzufordern. Es ist aber auch die der Entscheidung gekommen, die sowohl das Interesse als auch die Ehrenpflicht der britischen Arbeiterklasse fordert: der Kongress beschloß mit drei Millionen Stimmen gegen 800 000, daß die Gewerkschaften die finanzielle Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Daily Herald übernehmen und noch im Laufe dieses Monats 12 000 Pfund zur Verfügung stellen, um das Erscheinen des Daily Herald bis zum Ende des Jahres zu ermöglichen. In der zweiten Dezemberwoche soll ein neuer Kongress zusammentreten, der bis zu diesem Zeitpunkt erzielten Fortschritte der Auflage zu prüfen. Man hofft andererseits, daß es gelingen werde, die Zahl der Abnehmer so weit zu erhöhen, daß die Existenz dieses unentbehrlichen Kampfmittels ohne Hilfe von außenwärts gesichert wird. Es ist nicht nur im Interesse der britischen Arbeiterbewegung, sondern auch des ganzen internationalen Sozialismus schließlich zu wünschen, daß diese Anstrengungen von Erfolg begleitet sein werden. Dies hängt in sehr großem Maße vom Gange der industriellen Entwicklung ab, die wiederum von der Wiederherstellung des mittlereuropäischen Marktes bedingt wird, denn die Arbeitslosigkeit ist die Folge des französischen Imperialismus und der Grund, warum so viele Arbeiter ihr Brot nicht kaufen und warum die Gewerkschaften aller finanziellen Mittel so bar sind. So spiegelt sich auch in dem Schicksal der britischen Arbeiterpresse die arbeitnehmernde Kraft des Kapitalismus und die internationale Bedingtheit der Schicksale der Arbeiterklasse.

Briefkasten

Elisabeth 20. Der Schweigebrief ist sehr überfüllt. Wenn Sie schon in verschiedenen Krankenhäusern bergänglich um Ausbildung als Krankenschwester nachgesehen haben, bleibt Ihnen weiter nichts übrig, als zu warten, bis die vorgenannten Anstalten wieder Schweigern anstellen. Sie können aber noch einen Versuch im Johanniter-Krankenhause, Heidenau, machen. Dort werden, so viel uns bekannt ist, noch Schwedern ausgebildet. Falls Sie die richtige Eignung für diesen schweren Beruf haben, können Sie die Anerkennung als Krankenschwester durch eine Prüfung nach ungefähr zwei Jahren erreichen. Diese Anerkennung ist aber der sogenannten staatlichen Anerkennung für Wohlfahrtsdienstleistungen nicht gleich zu achten. Dazu gehört noch der Besuch einer sozialen Frauenschule oder eines vom Ministerium des Innern eingeleiteten Nachschulkurses. (20 500 M.)

Wettervorhersage für den 20. September

Wohlfelad bewölkt, vielerorts keine, sonst nur unwesentliche Niederschläge, Temperatur wenig verändert.
Wetterlage: Tiefer Druck erstreckt sich heute morgen von Island bis zur skandinavischen Küste. Seine Ausläufer beeinflussen auch heute noch unsere Witterung. Südwestlich Islands ist eine neue tiefe Depression zu erkennen. Bei steigendem Luftdruck und westlichen Winden ist morgen mit mäßigem Wetter ohne wesentliche Niederschläge zu rechnen.

Quittung

Für den Druckereiarbeiterbau in Böhmen gingen in der vergangenen Woche bei dem Untergeldmeister folgende Beträge als Geschenke ein:
Aus Dresden und Umgegend:
Auf Sammelkästen in Dresdner Betrieben gesammelt durch Kaminkehrer 86 878 000 M.; von Genossen Egger, Bergsch auf Erhaltung gehabter Anlagen, 600 000 M.; G. Gansel, Eckhau, 2 600 000 M., zusammen 95 438 080 M.
Sorenz.
Quittung. Für den B. S. G. Blauenher Grund gingen ein: Sammelkästen Nr. 8 durch Road 1 500 000, Nr. 11 durch Road 80 000, Nr. 12 durch Road 1 800 000, Nr. 13, Sächsische Substanzfabrik, Pöcher 525 000, Nr. 14, Gläubigkeitsamt Sammelkästen 881 000, Nr. 15, Gläubigkeitsamt Sammelkästen 14 880 000, durch Grube 1 000 000, Kambria.

Wirtschaftszahlen am 18. September

Table with 2 columns: Category and Value. Includes: Amtlicher Dollarkurs am 18. September: 149 825 000 M., Goldmarkt (berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs) vom 18. September: 85 714 298 M., Reichsbank für Lebenshaltung (10. Sept.) 5 051 041 (+ 178,7 Proz.), Zähl. Teuerungsjahr (Gesamtindex) 4 840 216 (+ 182,7 Proz.), Dresdner Teuerungsjahr (ohne Bekleidung) 4 841 062 (+ 166,4 Proz.), Großhandelsindex 11 518 281 (+ 296 Proz.), Goldbankausweis der Reichsbank 606 467 000 M. für das Zwangsmarktwort, Zinsenanspruch der Reichsbank 5 500 000 fad, Goldagio vom 19. bis 21. September 2 179 966 800 Proz., Wertpapiermarkt, Argentinische, 6 500 000, Eisenbahnpersonenverkehr (Grundzahl für 1 km in der 1. Kl. 1923, 2. Kl. 1923, 3. Kl. 1923), Eisenbahnpersonenverkehr (Grundzahl für 1 km in der 1. Kl. 1923, 2. Kl. 1923, 3. Kl. 1923), Eisenbahnpersonenverkehr (Grundzahl für 1 km in der 1. Kl. 1923, 2. Kl. 1923, 3. Kl. 1923).